

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Das Schandurteil gegen Ossietzky—Kreiser

Klassenjustiz am Pranger

Etatkenntnisse sind Landesverrat / Reichsgericht verrät geheime Aufrüstung

Kundgebung der SAP

Der Parteivorstand der Sozialistischen Arbeiter-Partei, dessen Mitglied Genosse Dr. Kurt Rosenfeld, als Verteidiger des Herausgebers der „Weltbühne“ von Ossietzky und des Schriftstellers Kreiser an der Hauptverhandlung vor dem Vierten Strafsenat des Reichsgerichts teilgenommen hat, beschäftigte sich in seiner Sitzung am Mittwoch mit dem empörenden Tendenzurteil, das gegen jeden der beiden Angeklagten wegen angeblichen Verrats militärischer Geheimnisse ein Jahr und sechs Monate Gefängnis verhängt hat.

Der Parteivorstand erhebt gegen dieses Urteil, das sich gegen die politischen Interessen der Arbeiterschaft richtet, schärfsten Protest.

Er stellt in Kenntnis des zur Anklage stehenden Artikels fest, daß dieser Geheimnisse militärischen Charakters nicht enthalten hat, und daß die gegenteiligen Bekundungen der beiden Sachverständigen der Wahrheit widersprechen.

Die Verurteilung der Angeklagten kann nur die Wirkung haben, linksstehende Politiker, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, illegale Aufrüstungen zu bekämpfen, in dieser im Interesse der Arbeiterklasse liegenden Tätigkeit zu hemmen und muß durch solche vom höchsten deutschen Gericht beschlossene Geheimverfahren von neuem im Auslande Mißtrauen gegen das deutsche Volk hervorrufen.

Zugleich bedeutet das Urteil einen neuen und unerträglichen Schlag gegen die ohnedies bereits stark eingeschränkte Pressefreiheit.

Der Vorstand der Sozialistischen Arbeiter-Partei erblickt in dem Urteil einen neuen Beweis dafür, daß in Deutschland und insbesondere in der Rechtsprechung des Reichsgerichts Parteijustiz schlimmster Art herrscht. Ein solches Urteil darf unter keinen Umständen vollstreckt werden.

Verzweifelte Manöver Severing will die Koalition retten

*Berlin, 27. November.

Severing plant eine Personalveränderung in seinem Ministerium. Sein langjähriger Staatssekretär Dr. Wilhelm Abegg soll ersetzt werden durch Dr. Karl Spieker. An sich könnte uns und den Lesern unserer Zeitung eine solche Personaländerung vollkommen gleichgültig sein. Das Interessante aber ist, daß dieser Dr. Spieker, der kürzlich vom Reichswehrminister Groener ausgeschickt worden ist, ein hervorragender Zentrumsmann ist.

Dr. Spieker ist nicht ganz unbekannt. Schon einmal hat er mit Severing und Hörning aufs engste zusammengearbeitet: 1922 an der schlesisch-polnischen Grenze, damals, als dort unter dem wohlwollenden Protektorat der Behörden sich jene gefährlichen Banden bildeten, in denen die von Noske aus dem Baltikum gerufenen und nach dem Kapp-Putsch aufgelösten Formationen sich von neuem sammelten, deren Spezialität der Arbeitermord gewesen war und die nur zur Brutstätte der grausigen Femeseuche wurden. Spieker kam im Stettiner Fememordprozess noch zur Aussage, Severing bekanntlich nicht mehr.

Sie kennen sich also. Aber nicht das steht in diesem Moment im Vordergrund des Interesses. Das ist vielmehr die Tatsache, daß Severing hier einen Prominenten, durch Groener soeben politisch kaltgestellten Zentrumsmann an eine ausschlaggebende neue politische Stelle bringt und damit den personellen und verwaltungsmäßigen Einfluß des Zentrums in der preußischen Regierung erheblich verstärkt. Da formal dazu keinerlei Ursache vorlag, da sogar in kaum verständlicher Weise ein alter, ergebener Mitarbeiter Severings geopfert wird, so gibt es für diese Handlung nur eine Erklärung: das Severing damit der längst nicht mehr vorhandenen Koalitionstreue des Zentrums wieder ein wenig auf die Beine helfen möchte.

In seltsamer Parallelität dazu steht die große Aufmachung, mit der die preußische Regierung das phantastische Blutdokument hessischer Nationalsozialisten der staunenden Mitwelt übergibt. Was ist da los? Ist das so unerhört neu, daß die Nazis die Absicht haben, mit blutiger Gewalt zu regieren, wenn es soweit ist, daß sie regieren können? Es ist nicht daran zu zweifeln, daß in nationalsozialistischen Gehirnen Pläne wie dieses hessische Dokument reifen. Was aber bewegt Severing dazu, diese wirklich nicht neue Tatsache gerade jetzt so in Szene zu setzen, und gerade auf hessischem Boden? Glaubt er wirklich, daß die nationalsozialistische Parteileitung gerade in diesem Augenblick solche Dokumente fabrizieren läßt, wo sie unmittelbar an der Schwelle der Machtgreifung auf parlamentarischem Wege steht? Wo in Hessen die Koalition zwischen Kreuz und Hakenkreuz, oder mindestens die vom Zentrum wohlwollend tolerierte Naziregierung unmittelbar vor der Tür steht? Die Naziführung ist gewiß nicht besonders erleuchtet, aber so dumm ist sie auch nicht.

Daß auf Grund dieses Dokumentes irgend etwas Ernstliches gegen die Hitlerbewegung geschieht, glaubt wohl Severing auch nicht. Der Oberreichsanwalt hat bereits den richtigen Dreh gefunden. Einmal wird er nicht müde zu versichern, daß die ganze Aktion nicht auf seine Veranlassung hin geschehen sei. Dann aber erklärt er, daß der Text jenes geheimnisvollen Dokumentes so abgefaßt sei, daß sich die dort vorgeschlag-

nen Maßnahmen gar nicht gegen die jetzt geltende Verfassung und eine jetzt im Amte befindliche Regierung richten. Denn das Dokument setze ja gerade voraus, daß diese Regierung vorher „in Wegfall gekommen“ sei. Und also — so meint der Herr Oberreichsanwalt — könne er nicht recht einsehen, daß hier der Tatbestand des Hochverrats vorliegen solle. Zum Ueberfluß haben auch die Nationalsozialisten eine Untersuchung eingeleitet mit dem angeblichen Ziele, etwaige illegale Bestrebungen in ihren Reihen mit dem sofortigen Ausschluß aus der NSDAP zu ahnden. Sollte also wirklich der Herr Oberreichsanwalt noch Hochverrat annehmen, dann wird es Hitler ein leichtes sein zu beweisen, daß die NSDAP damit gar nichts zu tun hat. Auf jeden Fall aber wird ihr weder durch die Justiz noch durch die Regierung das geringste Leid geschehen.

Was also soll diese ganze seltsame Aktion? Sie soll das Zentrum vor der geplanten politischen Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten graulich machen. Und so ist diese Aktion nicht zufällig auf denselben Zeitpunkt gefallen, an dem Spiekers Ernennung an die Stelle Abeggs vorbereitet wird.

Nur ein wenig harmlos wirkt diese ganze politische Spekulation; allerdings würdig sozialdemokratischer Staatspolitik, die sich politisches Wirken überhaupt nur noch im Sinn parlamentarischer Intrigue und polizeilicher Aktion vorzustellen vermag. Das Zentrum wird bei seinem Drang an die Seite Hitlers von sehr schwerwiegenden, durch das bürgerliche Klasseninteresse bedingte Ueberlegungen geleitet, und davon wird es sich weder durch das Graulichmachen mit blutrünstigen Plänen, die der Nationalsozialismus schon lange hegt, noch durch das Zuckerbrot eines weiteren Staatssekretärs abbringen lassen. So reagieren nur sozialdemokratische „Staatsmänner“, nicht klassenbewußte Bourgeois-Politiker.

Und auch auf die Arbeiterklasse wird Severings Aktion wenig Eindruck machen. Die Tatsache, daß die sozialdemokratische Politik die Voraussetzung schuf, daß der Faschismus immer stärker und die Arbeiterklasse immer schwächer wurde, nimmt dieser Aktion auch den letzten Schein der Ehrlichkeit. Die Arbeiterklasse weiß, daß sie den Kampf gegen den drohenden Blutterror in allem Ernst aufnehmen muß; aber sie weiß auch, daß die Severinge dabei die falschen Führer sind. Den Kampf gegen den Faschismus kann die Arbeiterschaft nur in der Klassenfront gegen das ganze Ausbeutertum, gegen Kreuz und Hakenkreuz, gegen Brüning und Hitler führen. Und diese Aktion der Klasse zum Reifen zu bringen, das ist die Aufgabe, die die in der SAP sich sammelnden Massen zu lösen in Angriff genommen haben.

Reichsbankausweis für die dritte Novemberwoche

Berlin, 25. November.

Der Reichsbankausweis vom 23. November weist eine normale Entlastung aus. Der Notenumlauf ist um 176 Mill. auf 4277 Mill. RM. zurückgegangen. Einem Rückgang des Goldbestandes um 29 Millionen steht eine Steigerung der deckungsfähigen Devisen von 15 Millionen gegenüber, so daß die Deckungsbestände weiter um 14 Millionen zurückgegangen sind. Die Deckung der Noten durch Gold und Devisen stieg von 26,7 v. H. auf 27,5 v. H.

Wenn sie regieren . . .

Blutrünstige Nazi-Dokumente in Hessen

Darmstadt, 26. November.

Hessen steht im Zeichen einer großen Polizeiaktion gegen die Nationalsozialisten, die aber seltsamerweise gar nicht auf Anregung der hessischen, sondern der preußischen Regierung zurückgeht. Das Braune Haus in Darmstadt wurde mehrmals durchsucht, das gesamte Material beschlagnahmt. Das gleiche geschah in der nationalsozialistischen Gaugeschäftsstelle und bei zahlreichen Sturmtruppführern. Irgend etwas Positives über das Ergebnis dieser Haussuchungen ist zur Zeit nicht zu erfahren.

Merkwürdig berührt, daß trotz der großangelegten Aktion und trotz ihrer sofortigen Uebergabe an die Presse durch das preußische Innenministerium irgendwelche Verhaftungen bisher nicht vorgenommen worden sind.

Die gesamte Aktion geht zurück auf ein Schriftstück, das der neugewählte nationalsozialistische hessische Abgeordnete Dr. Schäfer — der nach nationalsozialistischer Angabe erst vor wenigen Wochen von der SPD zur NSDAP übergetreten ist, — der preußischen Polizei übergeben hat. Dieses Dokument, das nach Angabe der hessischen Polizei zweifellos von dem nationalsozialistischen Gerichtsassessor Dr. Best hergestellt worden ist, ist die Ausgeburt einer blutrünstigen Phantasie.

Es gibt sogenannte Richtlinien für die Errichtung einer nationalsozialistischen Regierung „nach dem Wegfall der seitherigen obersten Staatsbehörden und nach Ueberwindung der Kommune“. Das wichtigste ist, daß jedem SA-Mann unbedingter Gehorsam zu leisten ist, daß alle Lebensmittel beschlagnahmt werden und daß die allgemeine Arbeitsdienstpflicht eingeführt wird.

Auf jeden Verstoß gegen irgendeine Maßnahme wird der Tod durch sofortiges Erschießen angedroht.

Diese Drohung kehrt mehr als ein Dutzendmal in dem Dokument wieder.

Dieses Dokument ist zugleich ein Beweis der grauenhaften Verrohung des politischen Denkens in der nationalsozialistischen Bewegung und ein Beweis für die vollendete Geistlosigkeit, mit der man dort politischen Problemen gegenübertritt. Daß die nationalsozialistische Parteileitung jeden Zusammenhang mit diesem Dokument ableugnet, beweist gar nichts. Mag sein, daß es die private Arbeit eines oder einiger von der Reichsleitung damit nicht beauftragter Unterführer ist oder solcher, die es gerne werden wollten. Die politische Situation, die Hitler der risikolosen legalen Uebernahme der Staatsmacht, gestützt auf das Zentrum, täglich näherbringt, läßt das sogar als wahrscheinlich erscheinen. Daß aber solche Unterführer der nationalsozialistischen Bewegung sich ihr Drittes Reich in dieser Weise vorstellen, vorstellen als einen Bluttausch von Hinrichtungen, das ist bezeichnend genug dafür, welcher Politik die deutsche Bourgeoisie — die sich hamer vollzähliger unter dem Hakenkreuz zusammenfindet — zusteuert. Es ist zugleich

eine furchtbare Mahnung an die Arbeiterklasse,

sich endlich fest zu entschließen Widerstand gegenüber einer Ausbeuterklasse, die heute schon in der Massenabschlachtung klassenbewußter Proletarier die einzige Möglichkeit sieht, ihre Macht weiterhin aufrechtzuerhalten.

Er ist wieder eingesperrt

Auf die weitere Beschwerde der Staatsanwaltschaft hat der 3. Strafsenat des Kammergerichts beschlossen, daß Katzenellenbogen nicht gegen Sicherheitsleistung von 100 000 M von der Untersuchungshaft verschont wird, sondern daß es bei dem ursprünglichen Haftbefehl des Untersuchungsrichters vom 16. 11. 1931 verbleibt.

Reif zum Zusammenschluß!

Dresden, 25. November 1931.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, verhandeln die Reste der ehemaligen Altsozialisten gegenwärtig mit der Führung der sächsischen Sozialdemokratie über ihre Wiederaufnahme in die SPD. Insbesondere handelt es sich um die „Prominenten“ der ASD, die Herren Buck, Richard Tempel, Castan u. a. Wir glauben gern, daß es den Altsozialisten jetzt nicht mehr schwer fällt, in die SPD zurückzukehren; denn tatsächlich hat gerade die sächsische Sozialdemokratie auf der ganzen Linie die Politik übernommen, die seinerzeit von den Altsozialisten vertreten und gefordert wurde. Die Verschmelzung der SPD mit den bisherigen Altsozialisten ist ein neuer sichtbarer Beweis für den politischen Niedergang der sächsischen Sozialdemokratie.

Demokratie, ade! Auch Freiheit der politischen Organisation gibt es nicht mehr

München, 25. November.

Die bayerische Regierung geht in einer Bekanntmachung gegen die Bildung von Betriebszellen oder sonstigen Organisationen bei den Behörden durch politische Parteien oder andere politische Vereinigungen vor. Derartige Zellenbildungen werden künftig verboten. Die Behördenvorstände haben die Einhaltung des Verbots sorgfältig zu überwachen. Gegen Ueberschreitungen soll dienststrafrechtlich vorgegangen werden.

Die Blamierten

Berlin, 26. November.

Vorstand und Fraktion der Sozialdemokratischen Abgeordneten im Preussischen Landtag hielten am Donnerstag vormittag Sitzungen ab, um in der Frage der Wahl des Landtagspräsidenten eine Entscheidung zu treffen. Abgeordneter Leinert hat verzichtet (zu deutsch: die Trauben waren zu sauer! D. Red.). Vorgeschlagen wird nunmehr der Abgeordnete Wittmaack, Stadtrat in Magdeburg.

Gäbe es in der Leitung der sozialdemokratischen Preußenfraktion noch Gefühl für persönliche Sauberkeit, so hätte man sich diese furchtbare Blamage ersparen können.

Wofür Geld da ist

Ein neuer Zeppelin im Bau

In Friedrichshafen ist man augenblicklich mit dem Bau eines neuen Zeppelins beschäftigt, der gegenüber dem jetzigen „Graf Zeppelin“ eine Reihe von Verbesserungen aufzuweisen hat. Außer der neuen Heliumgasfüllung wird das neue Luftschiff ein Promenadendeck und einen Rauchsalon erhalten. Ferner ist es in den Ausmaßen größer gehalten, so daß es 70 bis 80 Passagieren bequem Platz bietet. An Stelle der bisher verwandten Benzin-Motore werden Rohlmotore verwendet. Dieses Luftschiff soll in den nordatlantischen Verkehr eingesetzt werden.

„Schule der revolutionären Strategie“

Moskau, 25. November

Auf Veranlassung des Vollzugsausschusses der Komintern wurde in Moskau eine „Schule der revolutionären Strategie“ gegründet. Dem Lehrerstab dieser Schule gehören u. a. der Leiter der bulgarischen, kommunistischen Partei, Kolarow, Beja Khun, Max Holz, Borodin und andere Vertreter der kommunistischen Internationale an.

Amtsenthörung hoher russischer Funktionäre

Kowno, 25. November.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Politbüro den Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates Georgiens und andere verantwortliche Mitarbeiter des Finanzkommissariats ihrer Ämter enthoben. Die Beschuldigten sollen bestrebt gewesen sein, die Politik der Partei im Kaukasus zu hintertreiben.

Wegen Mordes an der Ehefrau zum Tode verurteilt

Bonn, 26. November

Das hiesige Schwurgericht verurteilte den Arbeiter Georg Göbel wegen Mordes an seiner Ehefrau zum Tode und dauerndem Ehrverlust. Der Angeklagte nahm das Urteil an. Er hatte, wie die Beweisaufnahme erbracht hatte, seine Frau zu einem Fließchen gelockt, dort gewürgt und solange unter Wasser gehalten, bis sie tot war. — Das Gericht will ein Gnadengesuch befürworten.

Post und Telegraph in Polen auch militarisieren? Nachdem erst letzthin ein Gesetz über die Militarisierung der Eisenbahn durch den Sejm angenommen wurde, soll die Regierung nun, wie verlautet, eine Vorlage über die Militarisierung des Post- und Telegraphenwesens ausarbeiten, die voraussichtlich noch im Januar dem Sejm zur Annahme vorgelegt wird. (Die Meldung geht von Hugenbergs TU-Büro aus! Red.)

Ketzergericht

SPD-Meinungsterror gegen Hans Marckwald

In der letzten Delegiertenversammlung des Frankfurter Sozialdemokratischen Ortsvereins wurde eine Resolution eingebracht, die den Genossen Portune auffordert, sein Mandat niederzulegen. Drei SPD-Genossen stimmten gegen diese Resolution, darunter der Genosse Marckwald. Die „Volksstimme“ berichtet darüber:

„Nur drei Stimmen erhoben sich gegen diese Aufforderung. Das war wohl nicht in allen Fällen Ausfluß alter persönlicher Freundschaft. Es war die Stimme des Gen. Marckwald dabei. Ein Landtagsabgeordneter der Partei muß wissen, daß in diesem Falle seine Abstimmung eine demonstrative Sympathieerklärung mit den Spalthern bedeutet! — Wir wollen dazu kein Wort sagen. Das ist Aufgabe der Parteinstanzen.“

Aufgabe der Parteinstanzen! Das ist deutlich. Marckwald soll also gemäßregelt, evtl. an die Luft gesetzt werden. Und da gibt es noch Oppositionelle, die glauben, man könne noch ungehindert in der SPD seine Meinung sagen.

Hellmann geht zu Gurland

Die Kapitulanten in der SPD ernten einen Lohn, um den wir sie nicht beneiden. In Nr. 47 des „Freien Wort“ bekennt sich Hellmann, der 1914 zu Hindenburg ging, zu der Arbeit Gurlands und seiner Freunde. Zu der „Marxistischen Tribüne“ sagt er:

„Wenn die Mitarbeiterschaft der Marxistischen Tribüne sich, wie wir hoffen, gar

nicht als geschlossene Gruppe fühlt, sondern eben nur als Teil der Partei, der mit den anderen Parteigenossen zusammen diese Aufgabe zu erfüllen sich bemüht, soll uns das neue Organ als Hilfsmittel der Aufklärung willkommen sein.“

Heilmann und Gurland klären zusammen auf! Nun muß es der Sozialdemokratie aber gut gehen.

Ebenso erfreut begrüßt Hellmann die Broschüre gegen die SAP von Gurland und Laumann, die er als „frühere Hauptmitglieder der Opposition“ bezeichnet:

„Soweit sie die Absplitterung als „anmaßendes Apostelspiel fahnenflüchtiger Mächtetümpfer“ charakterisieren, sind wir ihrer Auffassung. Auch ihre Kritik der „linken Passivität“, die immer nur gescholten habe, was die Gesamtpartei tat, aber nie etwas Positives vorzuschlagen wußte, können wir unterschreiben.“

Wie angenehm diese Bundesgenossenschaft für die „Linken“ sein muß, ergibt sich aus Heilmanns nächsten Satz, in dem er sich dagegen wendet, daß Gurland und Laumann „ausgerechnet die Parole des Abbaus der Agrarzölle ausgeben“. Aber nur Geduld, Heilmann. Diese kleinen Abweichungen werden sich deine neuen Freunde bald genug abgewöhnen. Auf dem besten Wege dazu sind sie, wie die zweite Nummer der „Marxistischen Tribüne“, die keinen Zoll von der Parteivorstandslinie abweicht, beweist.

Das Dunkel um die Reichswehr

Wer gibt Aufträge? Wofür? Wer zahlt?

Berlin, 25. November.

Vor der 26. Zivilkammer beim Landgericht I schweben zur Zeit eine Anzahl Klagen gegen das Reichwehrministerium auf Grund der mit dem Reichwehrministerium getätigten verschiedenen Verträge, die von dem inzwischen in Untersuchungshaft befindlichen Major a. D. Schmidt im Namen des Reichwehrministeriums abgeschlossen worden waren. So klagen die Graphischen Werksstätten C. Paul Stein auf Zahlung von 400 000 Mark, die Danatbank auf Zahlung von 60 000 Mark, in welcher Höhe die Danatbank den Graphischen Werksstätten Stein auf Grund der selbstschuldnerischen Bürgschaft, die Major a. D. Schmidt im Namen des Reichwehrministeriums zugesagt hatte, Kredit einräumte. Ebenso klagen die Ernst Gromann A.-G. Industrie-Grundstücks-Betriebsgesellschaft in Höhe von 120 000 Mark und die Papiergroßhandlung Salinger & Leppmann in Höhe von 65 000 Mark. Die Kammer hat jetzt beschlossene sämtliche vier Prozesse zu verbinden und gemeinsam eine Beweisaufnahme zu erheben.

Die Beweisaufnahme soll am 17. Dezember ihren Anfang nehmen. So soll der Major a. D. Schmidt darüber vernommen werden, ob er bei dem Auftrag an die Graphischen Werkstätten C. Paul Stein einen tatsächlichen Auftrag des Leiters des Heeres-Waffenamtes durchgeführt hat. Nach dieser Richtung hin war der Beweisanspruch gestellt worden, da die Kläger die Ansicht vertreten, daß unbedingt ein konkreter Auftrag vorgelegen haben müsse, weil es sonst unklar sei, wie Major a. D. Schmidt in den Besitz der Klichs, die in einem Geheimarchiv des Reichwehrministeriums fest verschlossen gewesen seien, gelangt wäre.

Diese Unklarheiten — in jedem geordneten Geschäftsbetrieb völlig unmöglich — sind das notwendige Ergebnis jenes völlig unkontrollierbaren Dunkels, das im Namen der „Landesverteidigung“ um die Reichswehr gebreitet wird. Ein Skandal — aber einer, der mit der Vorherrschaft des Militärs in Deutschland, mit seiner Sakrosanktheit untrennbar verknüpft ist.

Der Reichskanzler als Koch

Brüning dämpft die Arbeiter

Nur die Sauce wird noch bereitet

Was über den sanft entschlafenen Wirtschaftsbeirat und Herrn Brünings Leichenrede zu sagen war, ist hier gesagt worden. Sie hat niemand getäuscht. Auch das Ausland weiß, was es davon zu halten hat. Der „Paris M di“, eine französische, allerdings auf weit höherem Niveau stehende „B.Z. am Mittag“, stellt denn auch klipp und klar fest, daß Brüning sich die Thesen der Unternehmer-Scharfmacher zu eigen gemacht hat, daß er die Löhne drücken, die Tarifverträge zerbrechen und die letzten Errungenschaften von 1918 begraben will. Und das französische, keinesfalls „bolschewistische“ Blatt kommt zu folgendem Schluß, den sich die Sozialdemokraten, aber auch manche Gewerkschaftsführer hinter die Ohren schreiben sollten:

„Es handelt sich also alles in allem genommen nur noch darum, mit welcher Sauce die Arbeiter verspeist werden sollen und wie die Sozialdemokraten unter dem Einfluß der Gewerkschaften handeln werden. Sie scheinen es selbst noch nicht sehr genau zu wissen. Die gute Hälfte ist fatalistisch und befürwortet eine Politik der Passivität und des Geschehenlassens; die andere dagegen fordert, daß man auf die Geste des Reichskanzlers mit der Zusammenberufung des Reichstags antworten soll und mit der Abkehr von der Unterstützungspolitik, die die Sozialdemokratie bis jetzt der Regierung gegenüber bewiesen hat, jener Tolerierungspolitik, ohne die die Regierung sich nicht an der Macht halten könnte.“

Hinter den Kulissen sucht man die Sozialdemokratie einzuschüchtern, indem man ihr sagt, Brüning stürzen hieße Hitler herbeirufen. Es gibt Genossen, die, wenn dieser Name ausgesprochen wird an allen Gliedern zittern und mit den Zähnen klappern; aber es gibt andere, und sie werden von Tag zu Tag zahlreicher, die jetzt darauf antworten: „Um so besser, je früher desto besser!“

Revolution der Köpfe! Der französische Korrespondent sieht, um es zum Schluß zu bemerken, die Dinge un-

gleich klarer als viele der sozialdemokratischen Bonzen. Es geht gewiß nicht um die Sozialdemokratie, aber es geht um das deutsche Proletariat. Und da ist zu hoffen, daß der Teil der sozialdemokratischen „Soldaten“, der längst die Katastrophpolitik der Wels, Breitscheid, Hilferding und Genossen erkannt hat, die Konsequenz aus dieser Erkenntnis zieht und einen anderen Kurs durchsetzt. Nur darüber müssen sich diese sozialdemokratischen Proletarier klar sein, daß ein Kampf unter dieser Führung nie zu gewinnen ist, daß sie zuerst reinen Tisch machen müssen, auch in sich selbst, ehe sie den Faschismus besiegen können. Es geht jetzt nicht um die „Treue zur Partei“, jetzt kommt es an auf die Treue zur Klasse!

Sparsamkeit?

... dem Ausschuß überwiesen

Hamburg, 25. November 1931.

In der Mittwochsitzung der Hamburger Bürgerschaft platzten die Gegensätze der Parteien scharf aufeinander. Den ersten Zwischenfall gab es, als bei der ziemlich lebhaften Aussprache über Immunitätsfragen ein vom sozialdemokratischen Präsidenten an einen Nationalsozialisten erteilter Ordnungsruf mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten aufgehoben wurde. Der sozialdemokratische Antrag auf Herabsetzung der Aufwandsentschädigungen für den Vorstand und die Abgeordneten der Bürgerschaft wurde in der erregten Aussprache von der Opposition auf der Linken und Rechten als Agitationsantrag bezeichnet. Es kam hierbei zu scharfen Auseinandersetzungen, die zeitweise in Tätlichkeiten auszuarten drohten, aber schließlich mit der Ueberweisung des Antrages an den Geschäftsordnungsausschuß endeten.

War es der SPD wirklich Ernst mit ihrem Antrag, wäre es ihr ein Leichtes gewesen, ihn zur Annahme zu bringen, statt ihn im Ausschuß erstklassig beerdigen zu lassen.

Hitler soll Amerika helfen!

Eine englische Spekulation

TU, London, 26. November.

Die gegenwärtigen französischen Dollarverkäufe erregen, wie „Financial News“ meldet, die größte Aufmerksamkeit der Finanzkreise, da sie andeuten, daß man in Frankreich die Neigung des Dollars zum Stürzen ungünstig betrachte. Da die Franzosen noch große Dollarguthaben hätten, so würden sie es vorläufig verhindern können, daß der Dollar einen Stand erreiche, bei dem Goldausfuhr aus Frankreich einsetzen müßten. Man dürfe aber nicht vergessen, daß durch die Weiterentwicklung der politischen Ereignisse in Europa eine vollständige Aenderung der Lage eintreten könne. Sollte die internationale Regierungskonferenz keinen Erfolg haben, so werde eine dann in Deutschland unvermeidlich werdende Hitlerregierung zur Folge haben, daß viele Besitzer von Franken-Guthaben diese zurückzögen, und die ungünstige Frankensituation könne sich durch den Abfluß von Kapital verschärfen, so daß möglicherweise Frankreich einen Teil seines Goldes wieder hergeben müsse.

Paris habe zwar Amerika gegenüber die erste Runde gewonnen, als es durch seine großen Goldabzüge aus New York die Amerikaner zur Annahme von französischen Bedingungen zwang. Alle Anzeichen deuten aber darauf hin, daß die zweite Runde anders auslaufen werde. Eine Verschlimmerung der Lage der französischen Banken oder ein politischer Konflikt in Europa würden genügen, um die Waage zugunsten Amerikas ausschlagen zu lassen. Der Wechsel in der internationalen Finanzlage würde den Präsidenten Hoover wieder in die Lage versetzen, die Initiative in der Frage der Reparationen und der Kriegsschulden zu ergreifen.

Die Darstellung stammt, was zu bemerken ist, von der Hugenbergschen Telunion. Man darf auch nicht vergessen, daß die englische Finanzzeitung natürlich englische Interessen verfolgt und es nicht ungerne sehen würde, wenn Frankreich finanziell so geschwächt würde, daß man es zwingen könnte, die Priorität der Handelsschulden zuzulassen. Ein bißchen Faschismus in Deutschland wäre dem englischen Kapital, das dem faschistischen Ausland immer gewogen war, und auch schließlich gegen eine Dosis inländischen Faschismus nichts einzuwenden hätte, nicht unwillkommen, wenn es dabei Geschäft machen könnte. Deutschland und Amerika gegen Frankreich ausspielen zu können, würde durchaus in die Linie der englischen Politik passen. Vor Herrn Hitler hat das Ausland keine Angst; im Gegenteil, es weiß sehr wohl, daß dieser vom Kapital ausgehaltene „Duce“ ein treuer Knecht aller kapitalistischen Herren sein wird. Aber es wäre verhängnisvoll, wenn man in Deutschland solchen Spekulationen geneigtes Ohr liehe, denn es ist dabei der englische Wunsch viel mehr Vater des Gedankens als die richtige Bewertung der Tatsachen.

Das ist die wahre Stimmung Ungarns!

Sozialistischer Wahlsieg bei geheimer Wahl

Der „Wiener Arbeiterzeitung“ wird aus Budapest gemeldet:

Die Sozialdemokraten haben sämtliche durch geheime Wahl zu besetzenden Mandate der Komitatsvertretung der Bauernstadt Hajdu-Nanas gewonnen. Bei den gestern vorgenommenen Wahlen entfielen auf die sozialdemokratische Liste 1200, auf die Liste der oppositionellen Landwirtpartei 600 und auf die Liste der Einheitspartei 300 Stimmen. Da die sozialdemokratische Liste die absolute Mehrheit auf sich vereinigt, fielen ihr sämtliche zu vergebenden fünfzehn Mandate (zehn ordentliche und fünf Ersatzmandate) zu.

Das Wahlergebnis ist ein Beweis für die fortschreitende Radikalisierung der ungarischen Bauernschaft. Doch ändert sich trotz der großen Siegen den Verhältnissen nichts, denn im Komitatsausschuß bildet die Kurie der gewählten Vertreter nur eine Minderheit, die von den Vertretern der großen Steuerzahler und von den ernannten Regierungsvertretern majorisiert wird.

Neuwahlen in Australien

Auflösung des Bundesparlaments

Canberra, 26. November.

Der Ministerpräsident teilte in der Kammer mit, daß der Generalgouverneur die Auflösung des Parlaments gebilligt habe. Die Wahlen für die Gesamtheit der Kammer und diejenigen für die Hälfte des Senats werden gleichzeitig vorgenommen werden.

Nordpolexpedition des Eisbrechers „Krassin“

Moskau, 24. November.

Die Sowjetregierung hat für 1932 eine neue Expedition des Eisbrechers „Krassin“ nach dem Nordpol genehmigt. Der Eisbrecher wird mit zwei Flugzeugen ausgerüstet werden. Die Leitung der Expedition wird in den Händen von Professor Wiese liegen.

Russisch-polnischer Grenzzwischenfall. Wie aus Wilna gemeldet wird, sind im Gebiet von Borow drei russische Soldaten, die die Grenze überschritten und mit der Waffe in der Hand Widerstand geleistet haben, von der polnischen Grenztruppe gefangen genommen worden.

Die deutsche Novemberrevolution

Von Georg Ledebour

12. Fortsetzung

13. Eberts, Landsbergs und Scheidemanns Weihnachtsfeier

Der Sieg ihrer Richtung auf dem A. und S.-Kongress gab Ebert, Landsberg und Scheidemann den Mut zu weiteren reaktionären Vorstößen. Vor allem kam es ihnen darauf an, sich eine völlig gefügige Militärmacht zur Niederwerfung eines etwaigen Widerstandes der revolutionären Arbeiterschaft zusammenzuziehen. Während sie auf die von der westlichen Front zurückflutenden Truppen nicht rechnen konnten, gab es im Osten, im Baltikum und in Polen, noch kriegsfähige Formationen, deren Führerschaft fast durchweg von dem alten Geist durchdrungen war. Von ihnen ließen sich jene drei Volksbeauftragten sogar in der Handhabung der auswärtigen Politik beeinflussen. Was für wahnsinnige Pläne jene Truppenführer und die drei reaktionären Volksbeauftragten da wechselseitig miteinander ausheckten, dafür nur ein Beispiel! Mit der neuen Polenregierung war es zu Zwistigkeiten gekommen. Die deutschen Ostgeneräle fühlten sich beleidigt. Da verlangten sie, die Volksbeauftragten sollten Polen den Krieg erklären. Das wurde denn auch von E., L. und S. beantragt. Besonders Landsberg war ganz Feuer und Flamme für diese patriotische Heidentat. Nach heftiger Debatte wurde der Antrag mit den 3 unabhängigen Stimmen gegen die SPD-Stimmen abgelehnt. Man überlege nur einen Augenblick, was für Folgen diese irrsinnige Kriegserklärung für das Geschick des völlig von den siegreichen Westmächten abhängigen Deutschland gehabt haben würde!

War dies Unheil noch eben verhindert worden, so zettelten sie dafür gleich neues Blutvergießen im Innern an.

Die Volksmarine-Division war von 3000 Mann bis auf 1600 Mann abgebaut worden. Als sie ihren Kommandanten Metternich wegen seiner Beteiligung an dem Spiro-Putsch am 6. Dezember abgesetzt hatten (an M's Stelle trat der revolutionäre Leutnant Dorrenbach), wurden sie noch mißliebiger. Es wurde ihre Reduktion auf 600 Mann, sowie die Räumung des Schlosses gefordert. Auf beides wollten die Matrosen eingehen, sofort auf die Räumung, die Reduzierung sollte später erfolgen. Da wurde den Matrosen von dem Stadtkommandanten Wels die Auszahlung der Löhne verweigert. Ueber die weiteren Vorgänge gehen die Berichte stark auseinander. Doch steht soviel fest: Die Matrosen räumten das Schloß. Ein Trupp unter Führung des stellvertretenden Kommandanten Radtke zog nach dem Reichskanzlerpalais, um die Schlüssel abzuliefern. Barth empfing sie und verhandelte darauf telephonisch mit Wels. Er beharrte anfangs darauf, die Schlüssel müßten ihm persönlich abgeliefert werden, schließlich erklärte er, wenn Ebert ihm die Schlüsselablieferung bestätige, wolle er zahlen. Ebert war nicht aufzutreiben, wohl aber erfuhren die Matrosen, daß im Tiergarten Truppen der Division Lequis (Garde-Kavallerie-Schützen-Division) zu ihrer Ueberwältigung zusammen gezogen würden. Darob große Empörung unter den Matrosen. Schließlich werden sie doch zum Abziehen aus der Reichskanzlei bewegt.

Als sie an der Kommandantur vorbeizogen, erhalten sie

Feuer aus dem Gebäude selbst und von einem heranjagenden Panzer-Automobil.

Sie haben mehrere Tote. Nunmehr stürmen die Matrosen die Kommandantur und nehmen Wels, den sie für den Urheber des ganzen Ueberfalls halten, nebst dem Leutnant Fischer und dem Dr. Bongartz mit nach dem Marstall. Wels soll dabei nicht gerade glimpflich behandelt worden sein. Fischer und Bongartz wurden bald wieder laufen gelassen, Wels blieb eingesperrt. Das war abends am 23. Dezember.

Nachts zwischen 1 und 2 Uhr wurde ich telephonisch angerufen von dem zweiten Kommandanten Radtke, ob ich nicht sofort nach dem Marstall kommen wolle, er schicke ein Automobil; es handle sich darum, das Leben von Wels zu retten. Ich war natürlich sofort bereit. Ueber den weiteren Hergang hat Radtke als Zeuge in dem Prozeß gegen mich wegen Rädelführerschaft usw. ausgesagt:

„Ich fürchtete, daß die Matrosen ihn (Wels) in ihrer Erregung totschiessen wollten. Ich habe sie himmelhoch gebeten, das nicht zu tun und entschloß mich, Ledebour zu holen. Dem habe ich es zu danken, daß kein Blut an meinen Fingern klebt. Er kam und hat an die Matrosen im Lichthof eine Ansprache gehalten und hat es durch seinen Einfluß verhindert, daß Wels erledigt wurde.“ Wels blieb zunächst im Marstall, als Gefangener, sein Leben war aber nicht mehr gefährdet. Ich fuhr etwa morgens 4 Uhr nach meiner Wohnung in Steglitz zurück. Um 8 Uhr weckte mich Kanonendonner, den ich mir nicht zu erklären wußte. Einige Zeit darauf wurde ich telephonisch informiert, daß die Gardetruppen den Marstall angegriffen hätten und sogar mit Geschützfeuer. Ein Auto werde mich abermals holen. Als ich im Marstall eintraf, war der Angriff bereits abgeschlagen. Auf das Geschützfeuer hin waren bewaffnete Arbeiter nach dem Marstall geeilt und hatten

mit den Matrosen zusammen die Gardetruppen abgeschlagen.

Deren Oberkommando, das sein Hauptquartier in der Universität aufgeschlagen hatte, war dort zerniert. Radtke ging mit mir zur Universität, wohin wir uns durch eine

dichtgedrängte Menge den Weg bahnen mußten. Der Kommandant — ich weiß nicht mehr, ob es General Lequis oder General Hofmann war, gab allen unseren Forderungen nach die dann auch von herbeigeholten Regierungsvertretern bestätigt wurden. Die Truppe Lequis sollte sofort aus Berlin abziehen und die nunmehr im Marstall konzentrierten Matrosen sollten ihre Löhne regelmäßig ausgezahlt erhalten.

Formell ist dieser blutige Konflikt also entstanden aus einer Lapalie, aus der Streitfrage, wo die Schlüssel des Schlosses abgeliefert werden sollten. Tatsächlich aber ist er

planmäßig herbeigeführt worden durch Ebert, L. und S.,

um die lästigen Matrosen loszuwerden. Die drei haben zuerst alles gelehrt. Die drei unabhängigen Volksbeauftragten erhoben Beschwerde gegen E., L. und S. beim Zentralrat der Republik. Die Verhandlungen ergaben Folgendes: Um 8 Uhr am Weihnachtsmorgen erschien ein junger Leutnant im Marstall im Auftrage der Regierung, um die Matrosen zur

bedingungslosen Kapitulation

aufzufordern; würde nicht binnen 10 Minuten von ihnen die weiße Flagge gehißt, so würde angegriffen werden. Als die Matrosen ablehnten, wurde der Marstall mit Artillerie und Infanterie angegriffen. Ueber das Kommando zum Angriff haben die Volksbeauftragten

Haase, Barth und Dittmann schließlich in einer Denkschrift festgestellt:

„Das Blutbad am 24. Dezember 1918 ist dadurch verschuldet, daß die Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann und Landsberg dem Kriegsminister den unbegrenzten Auftrag zu militärischer Gewaltanwendung gegeben haben. Zur Befreiung des Stadtkommandanten Wels war ein solcher Auftrag weder nötig noch zweckdienlich. Das Leben von Wels wurde gerade durch eine Kanonade auf das Gebäude, in dem er sich befand, auf das höchste gefährdet. Der militärische Angriff erfolgte außerdem erst sieben Stunden, nachdem dem Kriegsminister der Auftrag erteilt worden war, also zu einer Zeit, wo, wenn Wels' Leben wirklich bedroht war, mit seiner Unversehrtheit kaum noch gerechnet werden konnte. Die Volksbeauftragten E., S. und L. haben während dieser ganzen Zeit keinen Schritt getan, um die Ausführung ihres Auftrags, der einer Blanko-Vollmacht gleichkam, zu überwachen.“

Auf Grund dieser und anderer Beschwerden hatten Haase, B. und D. an den Zentralrat gegen den offenkundigen Treubruch und Verrat ihrer SPD-Kollegen appelliert. Genau wie am 6. Dezember der Vollzugsrat, deckte jetzt auch der Zentralrat, geführt von Leinert, Hermann Müller und dem rauhen Kriegsinann Cohen seine Parteigenossen in der Regierung. Haase, Barth und Dittmann legten nunmehr ihr Amt als Volksbeauftragte nieder.

So schmachlich das Verhalten von Ebert und Konsorten nach jener vorhin angeführten Darstellung ihrer hintergangenen Kollegen auch schon erscheint, es hat sich gleich darauf obendrein herausgestellt, daß es noch weit schlimmer war, daß sie nämlich auch in der Beziehung geschwindelt hatten, wenn sie den Auftrag gegeben haben wollten, nur das Leben von Wels zu retten.

Als nämlich am nächsten Morgen nach ihrem Ausscheiden die drei Unabhängigen das Reichskanzleramt verließen, traf Dittmann auf den Kriegsminister General Schöuch, der ihm sagte, daß er es gleichfalls satt habe und deshalb sein Amt niedergelegt hätte. Auf Dittmanns Frage, wie er denn überhaupt einen so militärisch unsinnigen Auftrag, wie die Rettung von Wels mit Waffengewalt, habe annehmen können, erklärte Schöuch erregt: „Ich muß dagegen ganz entschieden protestieren! Einen derartigen unsinnigen Auftrag habe ich weder erhalten noch gegeben. Hätte ich einen solchen Auftrag erhalten, so hätte ich ihn ob seiner Unsinnigkeit und Zweckwidrigkeit rundweg abgelehnt! Mein Auftrag war, mit allen verfügbaren Mannschaften und technischen Hilfsmitteln die Matrosen zu Paaren zu treiben und zur bedingungslosen Uebergabe zu zwingen.“

So haben Ebert, Scheidemann und Landsberg Weihnachten, das Fest der Liebe, gefeiert!

(Weitere Artikel folgen.)

Auf Scheuen folgt Waldhof

Das Erziehungsheim der „Inneren Mission“ | „Christliche“ Prügelpastoren Unerhörte sadistische Quälereien

Prenzlau, 25. November.

Die Staatsanwaltschaft Prenzlau hat die Eröffnung der Voruntersuchung gegen 14 Personen beantragt, darunter den Direktor des Erziehungsheimes Waldhof bei Templin, das der Inneren Mission gehört. Die Voruntersuchung richtet sich ferner gegen die Erzieher Franke, Förster, Lachmann, Lefèvre, Wende, Knublauch, Schmettko und Seger, gegen den Hausvater Raulf, den Wohlfahrtspfleger Teschler und die Landwirte Stein, Kuchemann und Jaap. Es handelt sich um die bekannten Vorgänge in der Fürsorgeanstalt Waldhof im Frühjahr dieses Jahres, die seinerzeit die Stadt Berlin veranlaßten, ihre Zöglinge aus dem Heim zurückzuziehen. Die Voruntersuchung ist beantragt wegen vorsätzlicher, einfacher und gefährlicher Körperverletzung und fortgesetzter Gesundheitsschädigung der Zöglinge unter Uebertretung der Amts- und Berufspflicht und unter Anwendung von Waffen und gefährlichen Werkzeugen.

Teschler und Knublauch werden überdies fortgesetzter Vornahme unzüchtiger Handlungen an minderjährigen Zöglingen beschuldigt. In der Anstalt sind nach den bisherigen Ermittlungen die Zöglinge in unmenschlicher Weise mißhandelt, gefoltert und teilweise fürs Leben entstellt worden.

Einige Erzieher haben anscheinend aus sadistischer Veranlassung gehandelt. Die Innere Mission hatte die Vorkommnisse bestritten, und die Zöglinge hatten, vermutlich unter Druck, eine Erklärung abgegeben, wonach sie in der Anstalt belassen werden wollten. Die Ermittlungen ergaben dann aber

so schwere Verfehlungen, daß zur schnelleren und unbeeinflussten Fortführung der Untersuchung die Einleitung der Voruntersuchung notwendig wurde.

Nach einer weiteren Meldung haben Zöglinge aus Furcht vor den grausamen Strafen ihrer Erzieher vorher Selbstmord verübt.

Auch in diesem Falle ist zunächst, als der Notschrei in der Öffentlichkeit bekannt wurde, alles getan worden, um den Skandal zu vertuschen. Aber es war nicht mehr möglich. Es ist jedoch mit aller Energie zu fordern, daß nicht nur die direkt beteiligten Menschenschilder angeklagt werden, sondern neben ihnen gehören auf die Anklagebank die verantwortlichen Aufsichtsinstanzen, zu denen auch das Berliner Jugendamt gehört, das jahrelang Berliner Kinder in diese sadistische Folterhöhle geschickt hat.

Die Vertuschung wird fortgesetzt

Urteil im Zörgiebel-Prozeß

Die Strafkammer des Berliner Landgerichts I verurteilte als Berufungsinstanz den Schneider Herrmann Heidrich, der den Ueberfall auf Polizeipräsident Zörgiebel im Gerichtssaal verübt hatte, wegen Körperverletzung in Tateinheit mit Beleidigung zu vier Monaten Gefängnis. Die erste Instanz hatte auf fünf Monate erkannt.

Aus dem Prozeß ist allein der Vorgang bemerkenswert, daß sowohl dem Zeugen Zörgiebel, wie seinem Amtsnachfolger Grzesinski, als auch dem Polizeikommandeur Heimannsberg die Genehmigung versagt wurde, über eine Frage der Verteidigung auszusagen, die dahin ging, ob nicht für den 1. Mai 1929 besondere Befehle zu scharfem Vorgehen an die Polizei ergangen seien.

Staatsgefährlich!

Die „Wandlung“ von Toller wird aus den Schülerbibliotheken entfernt!

Berlin, 25. November

Der Unterrichtsausschuß des Preußischen Landtages nahm am Mittwoch den Antrag der Deutschen Volkspartei an, der das Staatsministerium ersucht, die Schulen anzuweisen, Bücher wie Tollers „Wandlung“ und Bücher ähnlichen Inhalts aus den Schülerbibliotheken zu entfernen. In der Begründung des Antrages war ausgeführt worden, daß Tollers „Wandlung“ in vielen Schilde- rungen als das „sittliche Gefühl“ besonders der Jugendlichen gröblichst verletzend angesehen werden müsse und daß es nicht in eine Schülerbibliothek gehöre.

Eine Morphiumhöhle

Berlin, 26. November.

Den Beamten der Dienststelle zur Bekämpfung des Rauschgifthandels, unter Leitung von Kriminalkommissar Thomas, ist es gestern nachmittag gelungen, zwei Morphiumisten, die in einer Kellerwohnung in der Adalbertstraße eine Morphiumhöhle unterhielten, festzunehmen. Es handelt sich um den 27jährigen Schlächter Paul Maab, der bereits mehrfach wegen Rauschgiftdelikten vorbestraft ist, und um seine Freundin, eine Frau K.

Der Tod unter dem Pfluge

Auf dem Landgute Brandenburg bei Stadthagen hatte ein Arbeiter namens Kramer aus Nienbrügge das Unglück, unter einen Motorpflug zu geraten, ohne daß der Führer des Pfluges rechtzeitig darauf aufmerksam geworden wäre. Der Arbeiter wurde buchstäblich in die Erde hineingepflügt und starb bald darauf an seinen schweren Verletzungen.

Benzinexplosion in Warschau

Fünf Tote!

Warschau, 25. November.

In der Warschauer Vorstadt Wola ereignete sich heute eine furchtbare Explosionskatastrophe, der mehrere Personen zum Opfer fielen. Infolge der Explosion eines Benzinbehälters in der Privatwohnung eines Droschenchauffeurs entstand ein großes Feuer. Vier erwachsene Personen und ein Kind sind bei lebendigem Leibe verbrannt, drei Kinder trugen schwere Brandwunden davon.

Es lebe das Völkergemetzel!



Wie bei uns im August 1914

Eine japanische Studentenkompanie bringt dem Mikado eine Huldigung vor dem Palast in Tokio dar.

„Wirtschaftsführer“

Der meinedsverdächtige Direktor als Aufsichtsratsvorsitzender des „Hovad-Konzerns“

cz. Berlin, den . . .

Die Ereignisse überstürzen sich; eben stand alles noch unter dem deprimierenden Eindruck des Katzenellenbogen, Sklarek, Favag und anderer gerade guter Skandale, und schon wieder ist eine hohe Säule der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung geborsten. Seiffert, der große Bankdirektor und mehrfacher Aufsichtsrat als meinedsverdächtig, Bilanzfälscher und Defraudant steckbrieflich verfolgt.

Uns überrascht der Fall Seiffert nicht im geringsten; denn uns war dieser über temperamentvolle vielgeschäftige Herr, allein schon durch die Rolle, die er als Aufsichtsratsvorsitzender im Hovad-Konzern spielte, längst bekannt und als großer Schieber hinreichend verdächtig. Nun hat er sich endlich selbst entlarvt. — Na schön! Jede Gesellschaft hat den Aufsichtsrat, den sie verdient. Der Lebenslauf des heute etwa 40 Jahre alten Seiffert ist kurz folgender: Nach Absolvierung seiner Lehrzeit im Bankhaus Rähmel & Böllert ging S. zur Berliner Bank für Haus- und Grundbesitz, drückte, unter rücksichtsloser Anwendung der heute so geschätzten „Katzenellenbogen-Freiheit“ seinen damaligen Chef und Direktor an die Wand, setzte die Umwandlung der damaligen G. m. b. H. in eine A.-G. durch und ließ sich durch die Wellen der Inflation hochtragen. (Inzwischen heiratete er seine damalige Sekretärin.)

Damit war indes seinem Ehrgeiz und Expansionsbedürfnis noch keineswegs Genüge geschehen, er glaubte sich stark genug, auch einen notleidenden Versicherungs-Konzern durch die Macht seiner Persönlichkeit und seines „Organisations-Genies“ sanieren zu können und erwarb das Hovad-Aktienpaket, welches der Michael-Konzern froh war, abstoßen zu können. Hätte S. als seriöser Geschäftsmann — der er eben nicht war — eine zuverlässige Auskunft eingeholt, was erst später von anderer Seite geschehen ist, dann hätte er erfahren, „daß die Hovad-Gruppe zu dem unerfreulichen Erscheinungen des deutschen Versicherungswesens gehört, und daß sich in dem wechselvollen Schicksal des Konzerns der Mangel einer seriösen und tüchtigen Geschäftsleitung deutlich ausprägt.“

Seiffert, der im Aufsichtsrat der „Hovad“ bald als der allein Gebietende auftrat, sorgte durch Anstellung eines neuen Generaldirektors wohl für eine Verjüngung in der Leitung, doch erwies sich dies als eine halbe Maßnahme, da er den Fehler beging, daneben die alten Vorstandsmitglieder in ihren Stellungen zu belassen. Daraus entwickelten sich nun aber höchst unhaltbare Zustände, indem die Rivalität der alten, nachgeordneten Vorstandsmitglieder gegen den neuen „General“ in allerhand böartige Intrigen ausartete, die schließlich zum freiwilligen Rücktritt des Generaldirektors führten, da er ein viel zu vornehmer Mensch war, um unter so unerquicklichen Umständen ein weiteres Zusammenhangsarbeiten für möglich zu halten.

Seiffert, der als Aufsichtsrat einer Versicherungsgesellschaft vom Versicherungswesen natürlich nichts verstand, betrachtete den Hovad-Konzern nur als melkende Kuh, die Verbindung hatte für ihn nur insofern Wert, als sie ihm laufend nicht unbedeutende Geldmittel zuführte. So stand das Bankkonto des Hovad-Konzerns bei der Berliner Hausbesitzerbank ultimo 1927 auf 1 096 331,81 RM., ultimo 1928 auf 1 870 446,— RM. Selbstverständlich war die einzige Bankverbindung, die Hovad haben durfte, die Bank ihres Aufsichtsrates Seiffert, also die Berliner Bank für Haus- und Grundbesitzer.

Seiffert trat nicht nur gegenüber dem Vorstand und der Belegschaft, sondern auch gegenüber seinen Kollegen im Aufsichtsrat mit rücksichtsloser Brutalität auf, indem er deren Zahl von 20 auf 12 reduzierte. — Dagegen wäre an sich — und da es sich nur um eine kleine Gesellschaft handelt — durchaus nichts einzuwenden gewesen, wären die „Eliminierten“ nicht gerade die gewesen, die Herrn Seiffert aus irgendeinem Grunde mißliebig waren; daß sein Kumpan Ladendorff zu denen gehörte, die im Aufsichtsrat verblieben, ist bei Seifferts Vorliebe für Klüngelwirtschaft eine Selbstverständlichkeit.

An einer wirklichen Sanierung der Hovad-Gesellschaft lag ihm scheinbar sehr wenig, denn er ging jeder Gelegenheit, die Verhältnisse eingehend zu studieren und sich darüber zu informieren, geflissentlich aus dem Wege; als von berufenen Seite die seit Jahren bestehenden verrotteten Zustände in der Verwaltung (Unterschlagungen und Betrügereien aller Art) anschaulich und zahlenmäßig dargestellt wurden, quittierte er für diese dankenswerten Aufschlüsse durch allerhand gegen den betreffenden in höherer Position befindlichen Berichterstatter angewandte Maßnahmen, die sich von der Kaltstellung zum Zwangsurlaub, Verbot des Betretens seines Büros bis zur fristlosen Entlassung steigerten. Daß der Betreffende diese rüde Behandlung nicht stillschweigend hinnahm, vielmehr darüber mit einer Entschuldigungsklage quittierte, die dem Konzern ein nettes Sümmchen kostete, sei nur ganz nebenbei bemerkt, ebenso, daß Seiffert für Enttarnung der Revisoren sorgte, die sich durch rückhaltlos offene, aber unangenehm wirkende Berichte mißliebig gemacht hatten.

Auf Veranlassung des oben erwähnten Herrn griff dann auch Ende 1929 das Reichsaufsichtsamtsamt für Privatversicherung ein, und jetzt begann das „Großbreinmachen im Hovad-Konzern“, unter welchem Titel seinerzeit Berliner Zeitungen einen aufklärenden Artikel veröffentlichten.

Der Erfolg dieser Reinigungsarbeiten war u. a. auch der, daß zwei Vorstandsmitglieder, teils wegen nachgewiesener Unfähigkeit, teils wegen Faulheit „die Platte putzen mußten“.

Wir sind trotz der in verschiedenen Blättern abgegebenen Erklärungen des Hovad-Konzerns auch heute noch keineswegs völlig überzeugt davon, daß der Konzern ohne Schaden für seine Versicherten aus der Seiffert-Affäre hervorgehen wird. Es muß gefordert werden, daß das Reichsaufsichtsamtsamt für Privatversicherung hier endlich einmal mit unumsichtlicher Strenge alle zu Gebote stehenden Mittel anwendet, um die Interessen der Versicherten (nicht etwa die der Hovad-Direktoren, die in vielem Byzantinismus vor Seiffert krochen) wahrzunehmen.

Der Fall Seiffert zeigt wieder einmal, was von der Institution der Aufsichtsräte im allgemeinen und im Versicherungswesen im besonderen zu halten ist; sie ist nichts weiter als eine elende Farce, und es ist eine der vielen provozierenden Frechheiten des kapitalistischen Raub- und Plünderungs-Systems,

angesichts solch riesenhafter Schweinereien noch im positiven Sinne von „Aufsicht“ reden und das ahnungslose Publikum daran noch glauben machen zu wollen.

Jedenfalls — das kann nicht oft und nachdrücklich genug wiederholt werden — wäre es endlich an der Zeit, mit diesem Schandsystem aufzuräumen und die Herren Aufsichtsräte ohne Gnade und Barmherzigkeit zur Gutmachung des durch ihre Unfähigkeit und Liederlichkeit entstandenen Schadens bis zum Weißbluten heranzuziehen, auch, damit dieser Sippschaft für alle Zukunft das Verlangen nach bloßem Schmarotzer- und Sinekurenpösten gründlich vergeht. Obwohl fast täglich Riesenbetrügereien ans Licht kommen (und wieviel mag wohl noch verborgen bleiben), gibt es immer noch Leute, die mit frommem Augenaufschlag und salbungsvollem Ton ermahnen, man möge doch um Gotteswillen nicht „verallgemeinern“, noch wäre ja die deutsche Wirtschaft in ihrem Kerne gesund, man möge nur Vertrauen zu den führenden Persönlichkeiten haben, es handele sich doch nur um vorübergehende Einzelercheinungen und gelegentliche Auswüchse, und was dergleichen blödsinnige Gemeinplätze noch mehr sind. Diejenigen, die solche Sentenzen von sich geben, sind entweder bewußte Heuchler oder unheilbare Idioten, denen nicht zu helfen ist und die

man am besten sich selbst überläßt. Wir sind der Meinung, daß schon längst nicht mehr von Einzelercheinungen gesprochen werden kann, daß es sich vielmehr um ein ganzes System einer groß angelegten und schamlos durchgeführten Spitzbüberei handelt — u. 1 alle Verfassungsgrundsätze, wie: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich“ und „Alle Gewalt geht vom Volke aus“, sind eine Ironie, solange dieses Schandsystem nicht mit Wurzeln und Zweigen ausgerottet, mit eisernem Besen weggefegt ist.

Im Vergleich mit den heutigen Finanzgrößen vom Schlage Katzenellenbogen, Seiffert und Konsorten sind die alten Raubritter geradezu sympathische Erscheinungen, sie waren doch wenigstens Kerle, die sich einer persönlichen Gefahr aussetzten, ihr Leben dabei in die Schanze schlugen, während die heutigen modernen Raubritter unter dem Deckmantel kapitalistenfreundlicher Gesetze breite Volksschichten planmäßig ausaugen und verelenden. Während früher Diebe — mitunter sogar adlige Diebe — gehängt wurden, kommen heute die Grossisten des Diebstahls und Betrugens tausendmal besser weg als der einfache Mann, der, oft nur ein Produkt seiner Verhältnisse, aus Not zur Uebertretung der zahlreichen zum Schutze des Eigentums ersonnenen Gesetze getrieben wird. Tagtäglich kann man darüber Betrachtungen anstellen, wie es mit der Gleichheit aller Deutschen vor dem Gesetz in Wirklichkeit aussieht.

Auch in dieser elenden Klassenjustiz haben wir nur eine der vielen Auswirkungen des Kapitalismus zu erblicken.

Das Verdienst des Reichsgerichtsrats

Ein offener Brief zum Fall Ossietzky-Reichsgericht Eine Instanz noch über dem 4. Strafsenat

Berlin, 26. November 1931.

Herrn

Reichsgerichtsrat Dr. Baumgarten,
Vorsitzenden des IV. Strafsenats beim
Reichsgericht

Sehr geehrter Herr Reichsgerichtsrat!

Sie werden in diesen Tagen wohl recht viele anonyme Zuschriften erhalten haben, in welchen besonders temperamentvolle Menschen der Empörung Ausdruck geben, die sie angesichts des in Sachen gegen die Herren von Ossietzky und Kreiser am 23. d. M. von Ihnen verkündeten und hinter verschlossenen Türen begründeten Urteils ergriff. Sehr schneidhaft kann der Inhalt jener Zuschriften kaum gewesen sein, aber so sehr ich auch für meine Person das Schreiben von anonymen Briefen und den Gebrauch von Schimpfwörtern als in ihrer Art völlig ungeeignete Waffen ablehne, kann ich dennoch ein gewisses Gefühl der Befriedigung nicht unterdrücken, wenn ich mir so vorstelle, wie Sie und Ihre Herren Kollegen sich wirklich darüber kränken werden, daß Sie nicht einen der vielen Absender fassen konnten.

Ich schreibe Ihnen ganz offen unter meinem Namen, ich habe Ihnen nichts weniger als angenehmes zu sagen, ich weiß, daß Sie nach Durchsicht dieser Zeilen nichts Eiligeres zu tun haben werden, als Ihren ganzen juristischen Scharfsinn anzustrengen und, wenn es nötig sein sollte, vielleicht auch die Herren Oberreichsanwalt Werner und Reichsanwalt Jorns um Assistenz zu bitten, um die Frage zu erörtern, ob es nicht doch irgendwie möglich wäre, mich für diesen Brief einer Bestrafung zuzuführen. Aber Sie werden sehr enttäuscht sein, denn den Gefallen tue ich Ihnen nun gerade nicht, ich werde nicht alles sagen, was ich denke, ich werde mich darauf beschränken, nur das zu sagen, was man bei den augenblicklichen Zuständen in Deutschland sagen darf.

Da ich seit Kriegsende jedes Heft der „Weltbühne“ mit Aufmerksamkeit gelesen habe, wird mir der inkriminierte Artikel wohl auch zu Gesicht gekommen sein, mehr vermag ich darüber nicht zu sagen, mir war die Ueberschrift wie der Inhalt im Laufe der dazwischen liegenden zwei Jahre völlig entfallen und den meisten Lesern der „Weltbühne“ wird es wohl ebenso ergangen sein. Es ist ein unbestreitbares „Verdienst“ des von Ihnen geleiteten Senats, daß dieser „berühmte“ Artikel nunmehr einen gewissen historischen Dauerwert erhält. Ohne diesen Prozeß hätte der Artikel allein bei der Abrüstungskonferenz in Genf den deutschen Interessen gewiß nicht geschadet, und wenn sich wirklich ein Vertreter einer fremden Macht auf ihn bezogen hätte, so wäre es ein leichtes gewesen, hierauf zu erwidern, daß es ja hier um nichts anderes als die subjektive Meinung eines Mitarbeiters einer Wochenschrift handle, die für die Reichsregierung von keinerlei Interesse sei. Jetzt wird es sich in Genf nicht mehr um die „Weltbühne“, sondern um das Reichsgericht handeln, jetzt werden unsere politischen Gegenspieler stutzig werden, denn der Inhalt eines Artikels, dessen Veröffentlichung vom Reichsgericht in einem hinter verschlossenen Türen geführten Prozesse als Landesverrat mit 1½ Jahren Gefängnis bestraft wird, hat leider politischen Wert und ist nicht mehr als eine Bagatelle abzutun!

Diese politischen Momente hätten der Oberreichsanwalt vor Erhebung der Anklage und der Senat bei der Fällung des Urteils im richtig verstandenen Interesse des Reichs umso mehr berücksichtigen müssen, als dadurch ja den Angeklagten kein Unrecht geschehen wäre. Aber leider geschah das nicht, sondern es wurde ein Urteil gesprochen, das wohl den Erwartungen der aus der Bendlerstraße nach Leipzig entsandten Herren entsprach, von der überwiegenden Mehrheit des

deutschen Volkes und dem ganzen zivilisierten Ausland aber keineswegs verstanden wird. Und warum? Sehen Sie, Herr Reichsgerichtsrat, auf die besonderen Gründe gehe ich nicht ein, weil die Individualität der Rechtsprechung bei uns mich hier leicht in eine Ihnen vielleicht angenehme, mir aber sehr unangenehme Situation bringen könnte; ich beschränke mich daher auf die Gründe allgemeiner Art.

Die Strafsenate des Reichsgerichts für politische Prozesse haben eine ungeheure Macht; sie urteilen in erster und letzter Instanz und der Außenstehende gewinnt den Eindruck, als ob die Mitglieder dieser Senate sich auf Grund dieser ihrer Macht unfehlbar dünken. Auch Juan de Vargas, der Vorsitzende des Rates der Zwölf, den der Herzog von Alba als Exponent des spanischen Militarismus im Jahre 1566 in Brüssel einsetzte, urteilte in erster und letzter Instanz; aber der politische Charakter der Prozesse, die damals in Brüssel, wie heute in Leipzig, verhandelt werden, bringt es mit sich, daß über beiden Tribunalen

die Geschichte

als die allerletzte Instanz sitzt; und Sie

dürfen mir glauben, Herr Reichsgerichtsrat Baumgarten, daß die zu ihrer Urteilsfindung keine Sachverständigengutachten unseres Reichswehrministeriums braucht!

Und nun wünsche ich Ihnen und Ihren Herren Kollegen im Senat sowie den Herren von der Oberreichsanwaltschaft vorerst einmal eine gute Gesundheit! Nicht etwa aus Sympathie, von der hier wohl kaum die Rede sein kann, sondern aus rationalen politischen Erwägungen: So gewiß ich bin, daß die nationalsozialistische Welle über Deutschland kommen wird, so gewiß bin ich auch, daß sie sehr bald vorübergehen wird und muß. Dann wird in hoffentlich nicht allzuferner Zeit sich die Gelegenheit bieten, die Rechtsprechung des Reichsgerichts in der Nachkriegszeit, soweit es sich um politische Prozesse handelt, von Grund auf nachzuprüfen und dann wird man das sagen dürfen, was man heute noch nicht sagen darf, und auch dementsprechend handeln. Es wäre jammer schade, wenn Sie diese Zeit nicht miterleben würden und darum erlaube ich mir, Ihnen eine gute Gesundheit zu wünschen! Auf den Tag! In vorzüglicher Hochachtung
cz. Dr. Werner Arendt.

Die Geheimnisse des Falles Ossietzky — Reichsgericht

Trotz des Schweigegebots, mit dem das Reichsgericht die Vorgänge in der Hauptverhandlung wegen Verrats militärischer Geheimnisse gegen den Leiter der „Weltbühne“ und seinem Mitarbeiter zu verhüllen suchte, ist ein angesehenes Schweizer Blatt, die „Neue Zürcher Zeitung“, in der Lage, aus der geheimgeführten Verhandlung Mitteilungen zu machen.

Die „NZZ“ schreibt wörtlich:

„Wie wir erfahren, erklärten in der Leipziger Hauptverhandlung die Sachverständigen des Reichswehr- und Reichsverkehrsministeriums, daß die Mitteilungen der „Weltbühne“ über die Abteilung M schon strafbar seien, weil jedes Flugzeug, das von Militärpersonen geflogen werde oder auf militärischem Befehl fliege, automatisch zu einem Bestandteil der Streitkräfte des Deutschen Reiches werde. Einer der beiden Sachverständigen führte ferner aus, die Flieger, Monteurs und Arbeiter der Abteilung M seien „Soldaten“. Das Reichsgericht hat sich demnach der Ansicht der Sachverständigen angeschlossen, wonach die Kritik der beiden Angeklagten eine militärische Institution und somit die Interessen der Landesverteidigung betroffen haben soll.“

So weit die „NZZ“. Wenn ihre Mitteilungen aus dem Verlauf der Hauptverhandlung zutreffen, so kann den beiden Sachverständigen der Vorwurf der Gewissenlosigkeit nicht erspart bleiben. Insbesondere der zweite Sachverständige, der den „Soldaten“-Charakter des nach unserem Wissen durchaus zivilen Personals der Abteilung M im Reichsverkehrsministerium behauptet haben soll, hätte wissen müssen, daß in einem früheren Prozeß, der um die Verantwortung der Reichswehrstellen für die Fememorde geführt wurde, die aus den Reihen der sogenannten schwarzen Reichswehr heraus im Jahre 1923 begangen wurden, der damalige Sachverständige des Reichswehrministeriums, Oberst Curt von Hammerstein-Equord, heute als General der Infanterie Chef der Heeresleitung und erster militärischer Berater des Ministers Gröner, unter seinem Eid bekundet hat, daß die in Soldatenuniform steckenden, mit Heereswaffen und Truppenausweisen ausgestatteten Angehörigen der schwarzen Reichswehr keine Soldaten im Rechtssinn waren.

Ja und aber!

Die Urteilsbegründung im Prozeß Zörgiebel

B. G. In der Begründung des Urteils, durch das der Arbeitslose Heidrich wegen Körperverletzung in Tateinheit mit Beleidigung gegenüber dem damaligen Polizeipräsidenten Zörgiebel zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde, ging Landgerichtsrat Schlome als Vorsitzender der Strafkammer ausführlich auf den Wahrheitsbeweis ein, den der Angeklagte für die Behauptung „Arbeitermörder“ angetreten hatte. Nach Ansicht des Gerichts sei der Wahrheitsbeweis für diese beleidigende Behauptung nicht geführt worden, denn es sei nicht erwiesen, daß der Polizeipräsident Zörgiebel absichtlich, vorsätzlich oder fahrlässig bei den Demonstrationen am 1. Mai 1929 den Tod von Arbeitern verschuldet oder auch nur gewünscht oder gebilligt habe. Ob das Verbot der Demonstrationen, das der Polizeipräsident durchgeführt hatte, zweckmäßig gewesen sei, unterliege nicht der Nachprüfung durch dieses Strafgericht. Tatsache sei, daß der Polizeipräsident sich weder über gesetzliche Bestimmungen hinweggesetzt, noch ministerielle Anordnungen verschärft habe.

Ohne Zweifel sei, daß Exzesse der Polizeimannschaften und Offiziere durch Mißhandlungen und Tätlichkeiten in verschiedenen Stadtteilen an jenem 1. Mai vorgekommen seien.

Diese höchst bedauerlichen Vorfälle, die in keiner Weise beschönigt werden sollen, dürften aber nur dem einzelnen Beamten zur Last gelegt werden und nicht dem Zeugen Zörgiebel, der damit nichts zu tun gehabt hätte. Die vorgekommenen Rechtswidrigkeiten würden lediglich beweisen, daß in der Berliner Polizei Elemente vorhanden waren, die nicht hineingehörten.

Das Urteil kann naturgemäß nicht befriedigen. Auch Herr Zörgiebel wird davon nicht befriedigt sein. Man wird gerechterweise anerkennen müssen, daß der Richter weiter kaum gehen konnte als er gegangen ist. (Siehe auch den Bericht auf der 1. Seite der Beilage!)

Lokalblatt der SAZ

Reichsausgabe

Die Pfalz berichtet

Aller Widerwärtigkeiten zum Trotz — wir marschieren

Frischer Geist wurde groß und breitete sich aus zur rettenden Tat: die SAP wurde als neue Hoffnung des Sozialismus gegründet. Und auch in der Pfalz faßte sie Fuß, in jener Pfalz, wo es keine Richtung, keine Linke gab, wie im vollen Gefühl seiner Würde der Bezirksvorsitzende der SPD Hammer noch auf dem letzten Bezirksparteitag seinen „Lieben“ einzuhammern versuchte. Daß das nicht stimmte, beweist, daß heute schon über zehn starke Ortsgruppen der SPD

bestehen, und die Aktivität von Tag zu Tag größer wird. Noch mehr beweist dies aber, daß die schönen Autos des Bezirksvorstandes sich in Bewegung setzten, die Angestellten Arbeit bekamen. Aber nur, weil — versäumen wir es nicht zu sagen — „etwas“ abgebröckelt war, wie man sich auszudrücken beliebt.

Vollbesetzt kamen diese Autos auch nach Neustadt, der sogenannten Perle der Pfalz. Eine Mitgliederversammlung der SPD mit der Tagesordnung „Die Vorgänge in der Partei“ sollte nämlich eine Entscheidung bringen. Ein „paar“ junge Grünschnäbel, Lausbuben, Verbrecher und Streber, wie man sie später mit „sozialistischem“ Anstand nannte, wollten in dieser Versammlung ihren Uebertritt zur SAP erklären. Man fühlte sich stark und nannte sie harmlos, stellte ihnen aber trotzdem drei Parteisekretäre und einen Parteiredakteur entgegen, der mit einem sonderbaren Gefühl der Begeisterung sich als Vertreter der Linken bezeichnete und mit „kühlem“ Verstand die Tolerierung des Kabinetts Brünig als letzte Konsequenz der „Linken“ bezeichnete und so nebenher einem Genossen das Aufrücken in die höchsten Posten der Partei versprach, wenn er nur bei ihr bleibe. Aber keiner der „Grünschnäbel“ blieb; vielmehr stampten sie eine schlagfertige Ortsgruppe aus dem Boden, und wurden wegen dieser Frechheit, nachdem sie vorher als gute, ja ausgezeichnete Funktionäre bezeichnet worden waren, mit allen möglichen und unmöglichen Schimpfwörtern beladen, die dem sozialistischen Gewissen der Parteitruen alle Ehre machten.

Sie aber verzagten nicht, sondern marschierten, durchdrungen von der ehrlichen Ueberzeugung, den richtigen Weg zu haben. Ihre erste öffentliche Versammlung wurde zum Erfolg, ja, er fuhr der SPD so in die parteitruen Knochen, daß sie zum Gegenschlag ausholte und gleichfalls eine öffentliche Versammlung ansagte, die aber leider wegen Erkrankung oder Verhinderung des Referenten abgesagt werden mußte. Desto stärker aber wurde die kleinliche Hetze, die man heranzüchtete durch gute Wein-Schoppen, die ein kaufkräftiger Genosse aus „Liebe zur Partei“ und als Gegendruck zur SAP freudigst und mit verschmitztem Lächeln spendierte. Und die Auswirkungen blieben nicht aus. Als bei den Kinderfreunden die Entscheidung kam, erlebte man fast eine Schlächterei, Väter verprügelten ihre Söhne, um ihre „Treue“ zur SPD zu festigen, ein ganz Schläuer verriegelte das Jugendheim, um ja nicht die SA d h i n e i n k o m m e n z u l a s s e n, und machte alles rebellisch, um die Arbeiterwohlfahrt zum Hauptmieter werden zu lassen, nachdem vorher das Gewerkschaftskartell Mieter war. Allerdings ohne Erfolg zu haben, denn nicht so kleinlich wie dieser ganz Schlaue, der sich auch zur „Linken“ in der Partei zählt, war der Vorsitzende des Kartells, der noch der SPD angehört.

Doch auch mit den Bezirksgrößen kamen wir Neustädter nochmals in Berührung. Wir hatten nämlich den Mut, in Neidenfels eine öffentliche Versammlung mit dem Genossen Siemsen zu veranstalten. Als Diskussionsredner schickte die SPD ihren Landauer Unterbezirkssekretär, eine Kanone mit einem Schußvermögen, die selbst die modernsten Schußwaffen des größten Kalibers überfließt. Sachlich, begeisternd sprach Genosse Siemsen und warb der SAP neue Freunde und festigte ihre Anhänger. Der Herr Sekretär aber, mit dem schönen Namen Klingenstein, entwickelte einen Klang und eine „Geistesschärfe“ voll Anstand und Würde, daß ein Neidenfelser Mitglied der SPD ihm laut und im ganzen Saale hörbar, die schönen Worte widmete:

„Ich bedauere, daß die SPD ein solches Individuum von einem Parteisekretär nach Neidenfels schickt. Wenn wir lauter so hätten wie dich, könnten wir uns aufhängen!“

Was sich der Herr Sekretär noch alles erlaubte, um noch etwas in Neidenfels zu retten, steht so tief, daß wir es lieber nicht wiedergeben, und ganz treffend sagte ihm der Genosse Siemsen, die SPD könne gar nicht mehr anders, als uns mit gemeinen Verdächtigungen anzufassen, da ihr jedes sachliche Material fehle. Aber erreicht hat der Herr Sekretär doch etwas, denn er hat so stark für die SPD geworben, daß wir eine Ortsgruppe der SAP in Neidenfels errichten konnten, der heute bereits zwei Gemeinderäte angehören, die vorher bei der SPD standen. Die glänzenden Ausführungen des Genossen Siemsen haben also besser gewirkt, als die Kleinlichkeit und der niedere Ton des SPD-Sekretärs.

Ja es steht schlecht um die SPD, sachlicher Kampf ist ein Fremdwort für sie geworden, kleinlich, gehässig nur sind ihre Argumente, und man muß sich die Frage vorlegen, ob man will oder nicht: Kann eine Partei, deren Vertreter sich so kleinlich gebärden, wie wir es in diesem Artikel beweisen konnten, überhaupt noch den Sozialismus verwirklichen, der die Menschen „edel, hilfreich und gut“ machen soll, kann diese Partei noch sachlich kämpfen und siegen und dem Proletariat eine bessere Welt schaffen? Nein!

Aber daß es die SAP vermag, das bewies unsere öffentliche Versammlung am vergangenen Sonntag, in welcher Genosse Max Seydewitz sprach. Wie logisch, wie sachlich, wie überzeugend, wie begeistert waren seine Argumente, mit denen er die Mission

1000 SJV-Mitglieder an der Wasserkante

Bezirkskonferenz des Sozialistischen Jugendverbandes Wasserkante

Bezirkskonferenz des Sozialistischen Jugendverbandes Wasserkante Cicero Zap. — Der Sozialistische Jugendverband Wasserkante hielt in Hamburg seine erste Bezirkskonferenz ab. Auf der Tagesordnung standen:

1. Gründung des Bezirksverbandes;
2. Vortrag des Genossen Max Schwarz, Berlin: „Die gegenwärtige Situation und die nächsten Aufgaben des Verbandes“;
3. Satzungsberatung;
4. Wahlen;
5. Anträge;
6. Verschiedenes.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde bekannt gegeben, daß 22 Stimmberechtigte und 21 Gastdelegierte anwesend seien.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung nahm der Genosse Fiske, Harburg, das Wort. Er gab für den Bezirk etwa folgendes bekannt: Sechs Wochen sind jetzt seit der Gründung des SJV vergangen. Wir haben in dieser Zeit in unserem Bezirk

etwa 1000 Mitglieder organisiert, von denen auf Hamburg 450, auf Bremen 300, auf Harburg-Wilhelmsburg 90, auf Werden a. d. Aller 40 und der Rest auf die übrigen Orte entfallen. Außerdem haben wir in einzelnen Orten des Bezirks noch eine Anzahl Mitglieder, die aber zahlenmäßig zu schwach sind, um sie als selbständige Gruppen zusammenzufassen. Das Gebiet Schleswig-Holstein wird künftig zu unserem Bezirk gehören. Genosse Fiske empfahl, unseren Bezirk umzubenennen. Der Vorschlag „Bezirk Wasserkante“ fand allgemeine Zustimmung. Damit ist der Bezirk Wasserkante gegründet, und es gilt nun, im Bezirk die nötige Aufbauarbeit zu leisten, um möglichst in allen kleineren Orten Fuß zu fassen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung erhielt der Genosse Schwarz, Berlin, das Wort. Er übermittelte uns die Grüße der Genossen aus dem Reich und aus Berlin und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß auch hier an der Wasserkante, wo der Reformismus bisher seine stärkste Stütze hatte, der Sozialistische Jugendverband eine so starke Organisation aufzuweisen hat. Es handelt sich heute nicht um eine vorübergehende Krise des Kapitalismus, sondern um die Krise des Kapitalismus. Unfähig, diese Situation zu meistern, ist der Reformismus nicht in der Lage, die Aufgabe des Sozialismus zu lösen. Immer stärker kommt daher die revolutionäre Richtung zum Durchbruch. Insbesondere die Jugend wurde aktiviert, politisiert und revolutioniert in ihrer geistigen Haltung. Wir haben heute in 25 vor 34 SAJ-Bezirken Fuß gefaßt.

Unsere Gesamtmitgliederszahl ist ca. 15—20000. Unsere Aufgabe ist der Kampf um die Einheit der proletarischen Klasse, die aber nicht als Phrase oder durch Gründung von Komitees, in denen jede einzelne Gruppe

Frankfurt a. M.

Aus dem Stadtparlament. Der Magistrat mußte in der letzten Stadtverordnetenversammlung manch bittere Pille schlucken. Speziell die Abrechnung über die Großmarkthalle gab Anlaß zur Kritik. Sieben Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres 1936 legt man endlich der Stadtverordnetenversammlung eine Abrechnung vor. Die Großmarkthalle ist ein ausgesprochener Zuschußbetrieb. 400 000 Mark sind für das abgelaufene Geschäftsjahr zuzuschießen. Der riesenhafte Bau erweist sich als unrentabel. Fast alle Parteien rückten daher vom Magistrat ab. Keiner will mit der Sache etwas zu tun haben. Die Marktstandinhaber sind kaum imstande die Miete zu zahlen. Sämtliche Redner erklären, man müsse die Stadtmiete erniedrigen. Auch der

der SAP begründete. Jedem ehrlichen Menschen, dem das sozialistische Wollen alles geworden ist, der mit ihm lebt, strebt und stirbt, schlug das Herz höher, und sehnachtsvoll wuchs in ihm wieder der Glaube:

Wir werden nicht untergehen, wir werden siegen, trotz aller Not, trotz aller Pein, denn unser ist die Zukunft!“

Das war Ansporn und nicht zu überwindender Wille zugleich, das war Abgrenzung von all dem, was wir Widerwärtiges erlebten, das war das, was in uns allen schlummerte, es war jener Sozialismus, jenes Wollen, für das wir bereit sind, zu kämpfen gegen alle Feinde, die sich uns entgegenstellen. Das, was uns Max Seydewitz sagte, wird uns die Kraft geben, auch an jene SPD-Arbeiter heranzukommen, die der Parteiparole Folge geleistet haben und unserer Versammlung ferngeblieben sind. Zwanzig Aufnahmen brachte uns diese Versammlung bis heute. Das ist ein Erfolg, auf den wir Neustädter stolz sein können.

Trotz aller Hetze drängen wir vorwärts. Bald werden wir die Mitgliederszahl der SPD erreicht haben in Neustadt a. d. H.

Wir marschieren, um uns ist das Morgenrot einer neuen Zukunft!

Ihr eigenes organisatorisches Interesse durchsetzen möchte, erfüllt wird. Das, was uns von der KPD trennt, ist weniger eine theoretische Meinungsverschiedenheit über die Machtergreifung des Proletariats und der Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung als vielmehr ihr taktisches Vorgehen in Fragen der RGO-Politik, ihr Verhalten zu nationalistischen Fragen (Volksentscheid, Reparationsfragen usw.), ihre Einstellung zu dem schwammigen Begriff der „Volksrevolution“ und zum Putschismus. Aber auch der organisatorische Aufbau der KPD, ihr Bürokratismus, der jede Meinungsfreiheit unterdrückt, die notwendig ist für eine organisatorische Einheit im Proletariat, ist ein trennendes Moment. Mit ganzer Kraft müssen wir uns dagegen für die Durchsetzung des russischen Bolschewismus einsetzen, weil hier in einer kapitalistischen Umwelt das Proletariat zum ersten Mal den Versuch macht, den Sozialismus zu verwirklichen. Bei einem Zusammenbruch des Bolschewismus wird das gesamte internationale Proletariat zurückgeschlagen. Auf der anderen Seite müssen wir in den Arbeitersportverbänden, den Gewerkschaften und freigeistigen Vereinigungen unsern Einfluß geltend zu machen versuchen.

Dann wurde zum 3. Punkt der Tagesordnung vom provisorischen Bezirksvorstand eine Satzung vorgelegt, die nach einigen Aenderungen und Zusätzen Annahme fand.

Zum 4. Punkt, Wahlen, wurden in den Bezirksvorstand folgende Genossen gewählt:

Vorsitzende

Joh. Fiske, Harburg und Ludwig Seidl, Hamburg;

Beisitzer

Walter Adams, Bergedorf,
Hans Dewitz, Harburg,
Adolf Guckes, Sasel,
Karl Hilsenbeck, Hamburg,
Willi Sanmann, Hamburg,
Liselotte Schaffer, Hamburg,
1 Vertreter von Schleswig-Holstein.

Als Reichsausschußvertreter wurde der Genosse Franz Bobsin, Hamburg, gewählt.

Zum Punkt Anträge wurde der Antrag Harburg-Wilhelmsburg, die Bezirkskonferenz möge beschließen zur Reichskonferenz folgenden Antrag einzubringen: „Der SJV schließt sich dem Reichsausschuß Deutscher Jugendverbände an“ zurückgezogen. Der Bremer Antrag: „Die Bezirksleitung des SJV ist nach Möglichkeit die gleiche wie die der SAP. Die Ortsvereine Bremen sowie die Unterbezirke Nord-Hannover und Wesermünde schließen sich am 1. 1. 32 dem Bezirk Weser-Ems des SJV an“ wurde angenommen. Damit scheiden Bremen, Nord-Hannover und Wesermünde am 1. Januar aus dem Bezirk Wasserkante aus.

Unter Punkt Verschiedenes wurden einige wichtige Bekanntmachungen mitgeteilt.

dammt wenig helfen. — Charakteristisch ist, wie der Magistrat mit den Anträgen der Stadtverordnetenversammlung auf Gewährung einer Winterbeihilfe für Erwerbslose umsprang. Schon am 29. September wurden von der Stadtverordnetenversammlung dahingehende Beschlüsse gefaßt. Doch der Magistrat hielt es bisher nicht für notwendig, darauf zu reagieren. Nun forderte die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat auf, bis spätestens 15. Dezember eine Beihilfe auszuzahlen. Traditionsgemäß dürfte der Magistrat auch auf diesen Beschluß pfeifen. Wenn die Arbeitslosen noch vor Neujahr eine Winterbeihilfe erhalten, soll's uns wundern. — Angenommen wurde noch ein Antrag, der sich gegen die Durchführung der Dezemberberatsverordnungen richtet. Ein weiterer Antrag verlangte die Herabsetzung der Preise für Gas, Wasser und Elektrizität. Ein praktisches Resultat dorkten diese Beschlüsse dank der Ertüchtigung der Gemeinden durch Severing und die Sozial- und Finanzpolitik Brüning's nicht haben. Das Schicksal der Gemeinden wart im Freuden und im Reich entschieden.

Lübeck

Der Lübecker SJV zählt bis jetzt 120 eingetragene Mitglieder, die SAJ angeblich 160. Bisher mußten wir in einer Gastwirtschaft mit allen Mitgliedern zusammenkommen. Nach langwierigen Verhandlungen sollen uns jetzt Räume im staatlichen Jugendheim zur Benutzung überlassen werden. In Mecklenburg sind in Schwerin 15 Prozent (7 Gemeinden) aus der SA in den SJV übergetreten.

Königsee

„Helden“ des Klassenkampfes. Als vor kurzem in Saalfeld die entsprechende Sitzung des Reichsausschusses stattfand, in der die Sitzung des RB zur SAP durchgeführt wurde, ereignete sich ein bezeichnendes Intermezzo. SAP-Genossen wiesen in einem Zwischenruf darauf hin, daß das Reich kommen in Braunschweig und anderen Orten auf SAP-Mitglieder, teilweise sogar auf Frauen, eingeschlagen habe. Ein anwesender Königseer Reichsbannermann quittierte diese Feststellung mit den Worten: „Kommt nur zu uns, da kriegt ihr die Freise auch voll!“ Gegenüber solchen niederträchtigen Brutalitäten ist es notwendig, daran zu erinnern, welche klassenkämpferische Geste der „müthige“ Königseer Genosse und seine Freunde bis vor kurzem noch an den Tag gelegt haben. Diese Herrschaften haben, mit der schwankenden Gestalt Oskar Machold an der Spitze, am 23. September in einer Funktionärsversammlung der SPD die folgende Resolution eingebracht und durchgesetzt:

„Die Funktionäre von Königsee nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem Vorgehen des Parteivorstandes und des Parteiausschusses gegen die Genossen der Opposition und insbesondere gegen den Genossen Schaber in Saalfeld. Der Parteivorstand untergrübt bewußt das Vertrauen der klassenbewußten Arbeiterschaft zur Sozialdemokratie. Während in England die Vertreter an den Interessen der Arbeiterklasse aus der Partei entfernt werden, will man in Deutschland die revolutionären Elemente mundtot machen. Sollte der Parteivorstand von diesem verbrecherischen Treiben nicht sofort abrücken, so behalten wir uns vor, weitere Schritte zu unternehmen.“

Worin bestanden die „weiteren Schritte“ gegen das „verbrecherische Treiben“ der SPD? Sie bestanden darin, daß Machold und Genossen sich zu treuen Knechten der Tolerierungspapste herabwürdigten. Machold schrieb, unter dem Eindruck der Armstädter Unterbezirksstrategen, einen Brief an das Thüringer SPD-Bezirkssekretariat, worin er de- und wehmütig zu Kreuze kruch. So sehen die Königseer sozialdemokratischen „Klassenlämmer“ aus! Sozialistische Arbeiter, gebt ihnen die Antwort! Hin-ein in die SAP!

Versammlungskalender

SAP Koblenz, Sonntag, 29. Nov., 14½ Uhr, im Koblenzer Schützenklub, Wesshof (Goldgrube). Konferenz für den Unterbezirk Koblenz. Tagesordnung: Bericht über die politische Lage; Wahl eines provisorischen Unterbezirksvorstandes; Beratung über Anträge zum provisorischen Aktionsprogramm; Organisationsfragen.

SJV Hamburg, Freitag, 27. Nov., 20 Uhr, spricht A. Portune, Frankfurt, im großen Saal des Volksheims, Marschstraße, über unsere Stellung zur Gewerkschaft. SAP-Genossen und Freunde aus nahe- stehenden Organisationen sind eingeladen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Will Schaber für Inzerat, Johannes Hoffmann Verlag, Suibel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16

„SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montage

Redaktion: Berlin O 27 Magazinstr. 15/16, Tel. Kupfergraben E 2 2904

Verlag und Expedition: Berlin O 27 Magazinstraße 15/16 Tel. Kupfergraben E 2 2905

Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition: RM 2 40 einschließlich Postgebühr. Durch die Post bezogen: RM 2 40 und RM — 36 Zustellgebühr. In der Zeitungs-Verlagsges. RM 2 40 und RM — 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2 10 monatlich zuzüglich RM 1 30 Porto.

Inseratpreise: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete

Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Suibel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H.“ Berlin O 27, Magazinstraße 15/16, Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 155 928.

Eine Billion ist gleich eine Goldmark Eine zeitgemäße Erinnerung

Wir Lehrlinge erhalten nicht mehr zwei Mark wöchentliches Taschengeld, sondern das zehnr-, zwanzig-, nein, das hundertfache. Die Zahlen steigen ins Unermeßliche; das hundertfache ist wieder vertausendfacht.

Wochenlang zahlt die Maschinenbau-AG. überhaupt keine Löhne mehr aus. Die Lehrlinge werden Freitags mit einem Brot nach Hause geschickt. Die Arbeiter gehen täglich mit Lebensmittelpaketen aus der Fabrik. Dann erhalten sie wieder Geld; Montags 200 000 Mark, Dienstags 500 000 Mark, Mittwochs 800 000 Mark, Freitags 1 Million, Sonnabends 3 Millionen.

Die Zahlen steigen, steigen... Eines Tages erhalte ich 200 000 Mark ausgezahlt. Ich weiß nicht, wie wertlos die Papiere sind. Als ich durch die Straßen der Stadt nach Hause schlendere, sehe ich in irgendeinem Musikgeschäft eine Pikkoloflöte, die ich gern haben möchte. Sie kostet aber das Doppelte dessen, was ich in dieser Woche „verdient“ habe. Also nehme ich sie auf Abzahlung und zähle die 200 000 Mark auf dem Ladentisch. In der nächsten Woche ist mein Taschengeld auf 500 000 Mark gestiegen. Ich zähle die restlichen 200 000 Mark und begreife doch nicht, daß ich dabei sozusagen ein Geschäft gemacht habe.

Es ist Inflation. Die Zahlen steigen, steigen... Als der Direktor der Maschinenbau A.-G. an einem Freitag bekannt gibt, daß die Firma außerstande sei, die Löhne auszuzahlen, gehen die Arbeiter während der Mittagspause auf den Hof. Dort sprechen sie erregt aufeinander ein. Und als die Sirene wieder zur Arbeit ruft, geht keiner von ihnen an die Maschinen zurück.

Die Werksäle der Fabriken stehen leer. Draußen gärt Unruhe. Lastautos voll von Sipos rasen durch die Straßen der Stadt. Hier und da gibt es blutige Zusammenstöße zwischen den Demonstranten und der Polizei.

In den Fabriken werden die Lehrlinge an die Maschinen der streikenden Arbeiter gestellt. Sie schuften in Ueberstunden. Freitags erhalten wir Papierscheine, auf denen Hunderttausende und Millionen von Mark aufgedruckt sind, und die doch keinen Wert haben. Am selben Abend können wir uns ein Brot kaufen, am anderen Tag erhalten wir nur eine Streichholzschachtel dafür.

Das ist Wahnsinn! Werte sind keine Werte mehr, für Millionen von Mark kann man nur Kleinigkeiten kaufen.

Ich verstehe das nicht. Während ich darüber zu philosophieren versuche, denke ich an Vater, der jeden Tag fluchend einen Stoß wertloser Papiere auf den Tisch wirft; denke ich an Mutter, die jeden Tag weinend die Millionen-scheine hastig zusammenpackt und damit zum Krämer läuft; denke ich an das Hungern und Entbehren zu Hause.

Später rechnen die Menschen nach Dollars. Nur der Dollar ist noch Gradmesser des Geldes. Heute ist 1 Dollar 7 Millionen Mark wert, morgen 10 und übermorgen vielleicht 50 oder 100 Millionen.

Nirgend scheint ein Halt im rasenden Steigen der Zahlen zu sein. Eine unsichtbare

Versuch einer Berichtigung Prof. Kestenberg und die umgebaute Oper

Herr Professor Leo Kestenberg, SPD, Ministerialrat im Preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, schickt uns folgendes Schreiben:

„In dem Artikel „Der Konzertbetrieb“ Ihrer Nr. 17 vom 21. November 1931 wird die Behauptung aufgestellt, die „Verschandelung“ der Staatsoper Unter den Linden, die einen so hohen Kostenaufwand erfordert habe, sei auf mein Betreiben zurückzuführen. Es widerstrebt mir fast, zu dieser unverständlichen Bemerkung Stellung zu nehmen. Der Verfasser des Artikels müßte wissen, daß schon vor dem Kriege das Opernhaus als baufällig galt, und daß der Umbau nach dem Kriege von allen verantwortlichen Stellen unbedingt gefordert wurde, da die Betriebssicherheit dauernd bedroht war. Häufige Unfälle des technischen Personals forderten gebieterisch die Schließung oder den Umbau des Hauses. Ich bin mit diesen Fragen niemals befaßt gewesen, da sie ja in keiner Weise zu meinem amtlichen Aufgabenkreis gehören. Die Initiative und die Bearbeitung für diesen Umbau hatte das Finanzministerium und dort die Hochbauabteilung.

Hochachtungsvoll
Kestenberg.“

Dies Kind — kein Engel ist so rein. Er will „mit diesen Fragen niemals befaßt“ gewesen sein. Träfe das wirklich zu, dann wäre er ein pflichtvergessener Beamter, eine Attrappe, eine Null. Ein Musikdezernent im Kultusministerium, der mit der wichtigsten Frage der Oper nicht „befaßt“ sein soll — man gestatte uns, daß wir lächeln! Da müssen wir den Herrn Ministerialrat gegen sich selbst in Schutz nehmen: so gering ist unsere Meinung von seinen geistigen Fähigkeiten denn doch nicht. Das braucht sich der Herr Professor Kestenberg nicht von Herrn Ministerialrat Kestenberg sagen zu lassen.

Er unterschätzt nebenbei auch uns. Daß

Macht gebietet über Deutschland. Kleine Leute jammern klagend über den Verfall ihrer Ersparnisse, die ein großes Maul täglich lautlos verschlingt. Deutsche Dollarmänner aber kaufen Häuser und Land, kaufen Fabriken, kaufen Autos und Wohnungseinrichtungen, Dollarmänner kaufen, kaufen, kaufen... Die Arbeiter hungern.

Und doch werden Feste gefeiert. Große Tanzpaläste öffnen ihre weiten Hallen. Sekt fließt, und draußen betteln zerlumpte Gestalten um Brot. Pfropfen knallen von den Champagnerflaschen, und draußen schlagen Hungerrunde Schaufensterscheiben ein.

Das trunkene Weib Inflation tanzt in zerfetzten Kleidern, doch Schmuck über Schmuck am gepflegten Leib, auf den Tischen der Bars und Casinos. Nacht, ausgemergelt und hungerrnd tanzt sie in den kahlen Wohnstuben der Proletarier den Tanz einer wahnsinnigen Hure.

Da wird sie lachend von den Tischen der Vergnügungspaläste gezerrt und fluchend aus den Wohnhöhlen der Mietkasernen gejagt. Mit häßlichem Kreischen flieht sie ins Nichts.

„schon vor dem Kriege das Opernhaus als baufällig galt“, ist eine starke Uebertreibung, und von einer „dauernden Bedrohung der Betriebssicherheit“ oder gar von „häufigen Unfällen des technischen Personals“ ist den zuständigen Stellen, bei denen wir Erkundigungen eingezogen haben, nichts, aber auch gar nichts bekannt. Einzig die Feuerpolizei hatte Bedenken gegen die Sicherheit des Hauses bei Brandgefahr. Aber selbst wenn das Haus baufällig gewesen wäre — und Wilhelm hat seine geliebte Hofoper schon nicht verkommen lassen — wäre damit ein vollkommener Umbau des Hauses, der um unsinnig luxuriöser technischer Bühnenanlagen willen die herrliche Architektur Knobelsdorffs für alle Zeiten ruiniert hat, nicht im mindesten gerechtfertigt gewesen. Die Summe von zwanzig Millionen, die wir genannt haben, ist nach unseren Informationen eher zu niedrig als zu hoch gegriffen. Und das alles für ein reines Luxusinstitut, nicht etwa für ein Volkstheater!

Wir haben niemals behauptet, daß Herr Kestenberg persönlich die Baupläne und Kostenschläge gemacht habe. Das wurde vom Finanzministerium besorgt. Aber die irrsinnig protzenhafte und größenwahnsinnige Umbauidee haben die beiden Dezernenten im Kultusministerium, Dr. Seelig und Kestenberg, ausgeheckt, zum mindesten befürwortet. Und daran, daß Max von Schillings, der als Operndirektor sich dieser Idee energisch widersetzte, fristlos entlassen wurde, waren ebenfalls beide Herren beteiligt. Oder nicht?

Es geht uns im übrigen nicht um die eine Person des Herrn Leo Kestenberg, sondern um das System der Verschleuderung von Millionen von Volksvermögen für volksfeindliche und kulturwidrige Zwecke. Wir behalten uns vor, auf dieses trübe System und seine mannigfachen Auswirkungen später zurückzukommen. Material haben wir in Hülle und Fülle.

Die Arbeiter kehren wieder in die Fabriken zurück, denn: Eine Billion ist gleich einer Goldmark.

Das Elend dauert weiter... .

Legende

Von Maxim Gorki.

Vor dem Antlitz des harten Lebens standen zwei Menschen, die mit ihm unzufrieden waren.

„Was willst du von mir?“ fragte das Leben gleichgültig.

„Glück! ... Für mein Heil aber ist es erforderlich, daß du zwei Kardinalwidersprüche meiner Seele aussöhnst: mein ‚ich will‘ mit deinem ‚du mußt‘.“

„Wünsche das, was du für mich mußt“, sagte streng das Leben.

„Ich will dein Opfer nicht sein!“ rief der Mensch laut. „Ich will über das Leben herrschen und muß nun unter der Last seiner Gesetze leiden. Wozu?“

„Sagen Sie's doch einfacher!“ sprach der

andere, der dem Leben näherstand. Der erste aber fuhr fort, ohne auf die Worte des Kameraden zu achten:

„Ich will frei sein und leben im Einvernehmen mit meinen Wünschen. Für meinen Nächsten will ich aus Pflichtgefühl weder Bruder noch Knecht sein; ich will das sein, was ich selbst wählen werde: Sklave oder Bruder.“

„Halt“, sagte das Leben, hart lächelnd. „Du sprachst viel, und alles, was du ferner sagen wirst, ist mir bekannt. Du wirst frei sein! Nun denn! Sei's! Kämpfe mit mir, befehle mir und sei mein Gebieter; ich will dann dir untertanig sein. Du weißt, daß ich apathisch bin und mich meinen Besiegern immer leicht ergab. Aber überwinden muß man! Bist du fähig, um deine Freiheit mit mir den Kampf aufzunehmen? Bist du stark genug zum Sieg und glaubst du auch an deine Kraft?“

Und der Mensch sprach mutlos: „Du hast mich zum Kampf mit mir selbst verleitet, du hast meine Vernunft geschärft wie ein Messer; es stieß sich mir in die Seele und zerstörte sie!“

„Sprechen Sie energischer mit dem Leben, jammern Sie nicht“, sagte der andere.

Der erste aber fuhr fort: „Ich will jetzt von deinem Joche ausruhen. O, laß mich doch das Glück genießen!“

„Du bittest, wie ein Gewohnheitsbettler; aber mein Lieber, ich muß dir's sagen: der Freie bittet nicht, er nimmt selbst seine Gaben... Du aber, du bist nur ein Sklave deiner Begierden, nichts weiter. Frei ist bloß der, der Kraft genug besitzt, um allen Wünschen zu entsagen und einen Wunsch erfüllen will. Hast du verstanden? Laß mich in Ruhe!“

Er begriff. Wie ein Hund setzte er sich zu Füßen des leidenschaftslosen Lebens, um ruhig die Bissen und Ueberbleibsel vom Tisch des Lebens aufzufangen.

Da schauten die farblosen Augen des strengen Lebens auf den andern Menschen, der ein grobes, aber gutmütiges Gesicht hatte.

„Um was bittest du?“

„Ich bitte nicht, ich fordere!“

„Was?“

„Wo ist die Gerechtigkeit? Gib sie her! Alles andere will ich später nehmen, zunächst aber bedarf ich nur der Gerechtigkeit. Ich habe lange gewartet, ich wartete geduldig, ich lebte in der Arbeit, rastlos, lichtlos. Ich wartete... Nun ist's genug! Jetzt muß ich leben! Wo ist die Gerechtigkeit?“

Und das Leben gab ihm zur Antwort: „Nimm sie!“

Der Fall Sklarek auf der Bühne

Aus Wiesbaden wird berichtet: Gegen die für den 29. November vorgesehene Uraufführung „Was weiß Korinek?“ von Rudolf Roberts hat der Rechtsbeistand von Max Sklarek bei der Intendantur des Staatstheaters Einspruch erhoben. Ebenso hat er die Einstellung der Proben verlangt. Das Staatstheater wird das Stück, das die Affäre Sklarek behandeln soll, trotzdem aufführen.

Die in ihre Hände fallen...!

ROMAN von JUSTIN RICHTER

(Copyright by Greifenverlag Rudolstadt)

10. Fortsetzung

15.

Zwei Tage später bekam Hammer folgenden Brief:

„Namens des von mir anwaltschaftlich vertretenen Herrn Valentin Grüner in seiner Eigenschaft als Vormund der minderjährigen Fräulein Auguste Wehner habe ich Ihnen folgendes mitzuteilen:

Sie sind gestern in die Parterrewohnung des Hauses Ziegelstraße 1 gekommen und sagten zu der dort anwesenden Fräulein Lotte Schwarz aus Steinheim: „Dafür Sorge ich schon, daß die Auguste in eine Erziehungsanstalt kommt.“ Diese Äußerung bezog sich auf das Mündel meines Mandanten. Herr Grüner fordert in seiner Eigenschaft als Vormund von Ihnen Rechenschaft darüber, wieso Sie zu dieser Äußerung gekommen sind, und welche Tatsachen nach Ihrer Meinung vorliegen, die die Verbringung der Auguste Wehner in eine Erziehungsanstalt rechtfertigen können. Ich fordere Sie namens des Herrn Grüner auf, diese Tatsachen mir innerhalb einer Frist von

drei Tagen

bekanntzugeben.

Falls Sie nicht innerhalb der gesetzten Frist Rechenschaft darüber geben, welche Ihnen bekannten Tatsachen Sie zu der erwähnten Äußerung veranlaßt haben, so muß der Vormund annehmen, daß Sie grund-

los oder sogar wider besseres Wissen die erwähnte Äußerung gebraucht haben. Hochachtungsvoll

Dr. Geyer, Rechtsanwalt.“

„Die Bande“, sagte Hammer, als er den Brief gelesen hatte, „der will ichs besorgen.“

16.

Hammer ging mit seinem Kollegen Holzheimer mittags vom Amt nach Hause.

„Herr Kollege“, sagte er zu Holzheimer, „möchten Sie mir nicht eine Gefälligkeit tun. Ich habe Ihnen doch auch schon manchen Dienst erwiesen.“

„Von Herzen gern“, antwortete Holz-

heimer.

„Also es handelt sich um folgendes: In dem Haus, in dem ich wohne, da wohnt auch eine Familie Wehner. Das heißt, Familie ist es eigentlich gar keine. Zwei Mädchen sind und ein Kind. Das ältere Mädchen heißt Hedi, die kleine heißt Auguste. Die Hedi hat ein Kind. Die war schon einmal drunten bei uns wegen Gewerbsunzucht angezeigt. Aber es ist damals nichts daraus geworden. Zur Untersuchung war sie vorgeladen. Weil sie aber gesund war, und weil sie sich herausgelogen hat, ist dann weiter nichts geschehen. Jetzt fängt sie ihren fortgesetzten Lebenswandel schon wieder an. Da hat sie eine Freundin, die heißt Schwarz, Lotte Schwarz aus Steinheim. Bitte notieren Sie den Namen. Die hat sie jetzt in ihre Wohnung gesetzt.

Sie selbst ist in die Pfalz gereist. Zuvor hat sie noch ein Zimmer an einen Studenten vermietet. Nun ist die Sache doch ganz klar. Sie verkuppelt die Schwarz an den Studenten und die Schwarz treibt Gewerbsunzucht in der Wohnung. Damit es so aussehen soll, als ob sie von nichts wüßte, ist sie abgereist. Das kann ich natürlich nicht mit ansehen. Ich, als Kriminalbeamter, kann mir doch so etwas nicht in meinem eigenen Haus bieten lassen. Da will ich nun Anzeige machen. Selber will ichs aber nicht. Sie können doch verstehen, als Hausgenosse tut man doch so etwas nicht gerne, da wollte ich Sie nun bitten, machen Sie für mich die Anzeige. Meinen Namen dürfen Sie natürlich nicht nennen. Ich hab ja früher schon die Anzeige gegen die Hedi Wehner gemacht, wie nichts draus geworden ist. Es sind also zwei Anzeigen, eine gegen die Schwarz wegen Gewerbsunzucht und eine gegen die Wehner wegen Kuppelei. Sie schreiben natürlich, es sei Ihnen vertraulich von jemandem mitgeteilt worden, der nicht genannt sein will. Das ist überhaupt unsere Stärke. Damit können wir doch alles machen. Solange unsere Vorgesetzten nicht fragen, wer das ist — und das fragen sie ja nie — sind wir allmächtig. Also wollen Sie so gut sein und mir den Gefallen tun?“

„Wenn weiter nichts ist“, erwiderte Holz-

heimer, „das werden wir schon kriegen.“

„Auf die früheren Akten müssen Sie natürlich Bezug nehmen“, setzte Hammer hinzu, „wenn sie schon einen Akt bei uns hat, noch dazu wegen gewerbsmäßiger Unzucht, so klingt doch alles viel wahrscheinlicher. Schreiben Sie auch dazu, daß sie ruhestörenden Lärm in der Wohnung verübt, das gehört auch dazu.“

„Wird gemacht“, sagte Holzheimer, und damit trennten sie sich.

17.

Wenige Tage danach erschien in der Parterrewohnung in der Ziegelstraße 1 ein Kriminalbeamter. Er traf dort nur die Lotte Schwarz.

„Sie sind verhaftet“, erklärte er.

Dann durchsuchte er die Wohnung. Verdammte nochmal, wo bleiben denn die Ueberführungsgegenstände. Alles in Ordnung. Alle Betten hat er aufgerissen. Aber nirgends etwas, was das Auge des Kriminalisten als Beweismittel erkennen konnte.

Macht nichts, dachte er sich, es geht auch so.

Der Kriminalschutzmann Holzheimer führte die Lotte Schwarz auf die Polizei.

Die wußte nicht, was die ganze Sache eigentlich zu bedeuten hat.

Dort führte man sie zum Arzt. Sie mußte sich untersuchen lassen.

„Gesund ist sie“, sagte der Arzt.

„Was wollen Sie denn eigentlich von mir“, fragte sie später den Beamten.

Der hat ihr den Inhalt der Anzeige eröffnet. Lotte Schwarz mußte heil auflachen. Die ganze Sache hat sie weiter nicht angegriffen, sie erfaßte nur die lächerliche Seite.

„Mit dem Studenten, mit dem Dr. Lauer“, lachte sie auf. Solange ich da bin, hat der noch kein Wort mit mir gesprochen.“

Dr. Lauer wurde vorgeladen.

„Mit der“, pustete er heraus, als man ihm den Grund seiner Vorladung bekanntgegeben hatte, „so einen schlechten Geschmack trauen Sie mir zu?“

Die Lotte Schwarz war wirklich nicht schön.

(Fortsetzung folgt)

Die Kompromißformel des Völkerbundsrates

„Man“ ist optimistisch

Paris, 25. November

Nach Abschluß der geheimen Sitzung am Mittwoch herrscht in Ratskreisen eine optimistische Stimmung; man hofft sogar auf einen Abschluß der Verhandlungen am Freitag. Der Rat hat einen ergänzten Entschlußentwurf ausgearbeitet, der den streitenden Parteien zur Annahme vorgelegt werden soll.

Der Entschlußentwurf enthält in seiner Einleitung einen Hinweis auf die Entschlußfassung vom 30. September, in der beide Parteien sich verpflichteten alles zu tun, um wieder geordnete Beziehungen herzustellen. Der Entwurf setzt sich aus fünf Punkten zusammen:

1. Beide Parteien verpflichten sich, den Führern ihrer Streitkräfte den Befehl zu erteilen, sich jeder Initiative zu enthalten, die neue Zwischenfälle und neue Verluste an Menschenleben hervorrufen könnte, und

2. alle notwendigen Maßnahmen zur Vermeidung einer Verschärfung der Lage zu ergreifen.

3. Die Mitglieder des Völkerbundsrates werden aufgefordert, dem Rat alle Mitteilungen zugänglich zu machen, die sie von ihren an Ort und Stelle befindlichen Vertretern erhalten.

4. Der Völkerbundrat setzt einen Ausschuß ein, der die Lage in der Mandchurei an Ort und Stelle prüft und einen Bericht über alle Ereignisse erstattet, die geeignet sind, die internationalen Beziehungen zu berühren und den Frieden zwischen China und Japan zu stören. Diese beiden Mächte werden in dem Ausschuß durch je einen Beisitzer vertreten sein.

5. Die Bildung dieses Ausschusses und seine Arbeiten berühren in keiner Weise die Verpflichtung Japans, seine Truppen in die südmandschurische Eisenbahnzone zurückzuführen. Diese Verpflichtung ist von der japanischen Regierung übernommen und in der Entschlußfassung vom 30. September niedergelegt worden.

Die ersten Lebensmittelzölle

London, 26. November.

Der Landwirtschaftsminister wird heute, wie die Blätter melden, im Unterhaus eine wichtige Erklärung abgeben. Nach „Times“ beabsichtigt die Regierung, noch vor Weihnachten in beiden Häusern des Parlaments eine Vorlage einzubringen, die die Einfuhr von Gemüse, Obst und Blumen, soweit sie den Charakter von Luxuswaren tragen, unter bestimmten Voraussetzungen einschränken soll. Ein Plan für Kontingentierung der Weizenimportierung soll Anfang nächsten Jahres nach Wiederrückkehr des Parlaments eingebracht werden.

*

Frankreich beabsichtigt — außer einem 15prozentigen Dumpings-Zusatzzoll auf englische Waren — die Einfuhrquote für englische Kohlen herabzusetzen, was seitens England wieder Gegenmaßnahmen hervorrufen würde. Ueberhaupt ist schon jetzt die schönste Zollkriegsstimmung im Gang, und die europäischen Kapitalisten, die den Sieg der Konservativen so herzerhebend bejubelt haben, ziehen jetzt lange Gesichter und werden des Sieges über den „Marxismus“ nicht mehr froh.

Aber Japan rückt weiter vor

Moskau (über Kowno), 26. Nov.

Nach einer Meldung aus Schanghai bewegen sich die japanischen Truppen auf die Stadt Sindschou zu, wohin Marschall Tschanghsueliang seine Hauptkräfte zusammengezogen hat. Heftige Kämpfe haben an der Bahnstation Synpyntin stattgefunden.

Nach Meldungen aus Peking setzen die japanischen Truppen ihren Vormarsch nach der nördlichen Mandchurei fort. Sie bewegen sich längs der Tsitsikar-Keschan-Eisenbahn und beabsichtigen, die Stadt Keschan zu besetzen, wo General Ma jetzt seinen Stab hat.

Kleine Nachrichten

Lord Snowden in der „Roten Robe“. Lord Snowden wurde am Mittwoch im Oberhaus durch Lord d'Abernon eingeführt. Er trug die rote Robe der Lords (das ist aber auch das einzige rote an ihm) und nahm auf der Regierungsbank Platz, wozu er in seiner Eigenschaft als Mitglied des Staatsrates berechtigt ist.

Saure Trauben. Der italienische Außenminister Grandi hat die Frage, ob Italien Anleiheverhandlungen mit der Morganbank führe, verneint. (Morgan will also anscheinend nicht mehr pumpen. Red.)

Wieder Pause in den deutsch-schweizer Wirtschaftsverhandlungen. Bei den deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen haben die Abordnungen am Mittwoch ihre Arbeiten vorläufig abgeschlossen, um zunächst den beiderseitigen Regierungen Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen zu geben.

Autounfall Ismet Paschas. Der türkische Ministerpräsident, Ismet Pascha, erlitt am Mittwochabend einen Kraftwagenunfall. Ismet wurde an den Händen und im Gesicht leicht verletzt.

Graßmanns versöhnliches Auftreten

Kurswechsel tut not

Das Versagen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung im Wirtschaftsbeirat

Wir hatten die im „Vorwärts“ vorgenommene Aufmachung des gewerkschaftlichen Protestes im Wirtschaftsbeirat von vornherein so behandelt, wie sie behandelt werden mußte: Als Lärm, der von der neuen Kapitulation der SPD vor der Ausbeuterregierung ablenken sollte. Wie wir bereits mitteilten, ist aber die Darstellung des „Vorwärts“ von Graßmanns protestierendem Auftreten nicht einmal richtig. Jetzt verbreitet der Pressedienst der christlichen Gewerkschaften die folgende Schilderung:

„In den Beratungen des Wirtschaftsbeirats am Sonntag, dem 22. November, hat nach den Darlegungen des Reichskanzlers das Mitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Peter Graßmann, als erster der Arbeitnehmer-Vertreter, das Wort ergriffen. Er hat unter starker Betonung den Arbeitnehmerstandpunkt zu dem Verlauf der bisherigen Beratungen zum Ausdruck gebracht und

in durchaus versöhnlichem Tone dargelegt, daß das Ergebnis der Verhandlungen die Arbeitnehmer nicht befriedigen könne.

Von einem Gegensatz zur Regierung Brüning ist in den Ausführungen Graßmanns nicht die Rede gewesen.

Für einen solchen Gegensatz ist auch gar kein Grund vorhanden. Nach Graßmann haben übrigens alle anderen Gewerkschaftsvertreter im Wirtschaftsbeirat ebenfalls ihre Meinung zu dem Verlauf und dem Ergebnis der Beratungen noch einmal dargelegt.

Der friedliche Ausgang

geht auch aus der Tatsache hervor, daß in der Sitzung des Wirtschaftsbeirats vom 23. November unter dem Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten der Reichsarbeitsminister Stegerwald in seinen Ausführungen nachdrücklich noch einmal herausgestellt hat, daß unter keinen Umständen von der Regierung daran gedacht werden wird, einseitig die Löhne und Gehälter zu senken, sondern daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, neben den gebundenen Preisen auch alle anderen Preise, ebenso wie die Mieten und die Tarife für Gas, Elektrizität und Straßenbahn zu senken. Denn alle diese Posten sind für die Kostenverteilung des Arbeitnehmerhaushalts wesentlich. Von einem unfriedlichen Ende der Sitzungen des Wirtschaftsbeirats kann nach dieser Darstellung gar keine Rede sein.“

Wenn schon starke Worte Graßmanns im Wirtschaftsbeirat den Arbeitern nichts genützt hätten, weil die sozialdemokratische Politik jeden Protest der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung praktisch wirkungslos macht, so hören wir also nun, daß es nicht einmal zu starken Worten hinter verschlossenen Türen gereicht hat! Die innerliche Solidarisierung der SPD-Führung mit Brünings Ausbeuterstaat ist eben schon zum Zusammenwachsen geworden. Unfriedliches Ende? Unversöhnlicher Ton? Gegensatz zur Regierung? — kein Gedanke. Alles was kommt, wird toleriert —

und möge die Arbeiterschaft darüber zugrunde gehen!

Wen soll dann die SPD tolerieren?

Hugenbergs Sorge

Um die Front Hitler — Zentrum

Oldenburg (Holstein), 25. November 1931.

In einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei führte Dr. Oberföhrn u. a. aus: Nach den Wahlen in Hessen sei das Gerücht verbreitet, daß im Reich eine Koalition zwischen Zentrum und Nationalsozialisten angestrebt werde. Eine solche Koalition würde im Reich eine schwere Gefahr für die NSDAP bilden. Er glaube aber nicht an die Wahrheit der Gerüchte. Die Harzburger Front sei ungebrochen. Dr. Oberföhrn forderte Beendigung der Zwangsbewirtschaftung der Arbeit und damit Beendigung des Tarifwesens.

*

Nun entsteht ein schwieriges Problem für die SPD: Wer ist reaktionärer? Hugenberg oder Hitler? Wenn Hitler und das Zentrum eine Regierung bilden, der die Deutschnationalen in Opposition gegenüberstehen — wird die SPD Hitler tolerieren, um zu verhindern, daß Hugenberg an die Regierung kommt? Oder soll sie vielleicht Hugenberg tolerieren, um zu verhindern, daß Hitler an die Regierung kommt?

Wir beneiden die SPD um diese Sorge

nicht. Aber die Sorge der Arbeiter ist eine ganz andere: Wie schaffen wir die kämpfende Einheitsfront der Proletarier gegen die fortschreitende bürgerliche Diktatur, die heute noch unter der Führung Brünings steht? Und diesem proletarischen Zentralproblem gegenüber hat die SPD schmählich versagt. An seiner Lösung arbeitet die SAP!

Die programmlose Regierung. Das Reichskabinett trat im Laufe des Donnerstages zusammen, um die Beratungen über das Winterwirtschaftsprogramm fortzusetzen.

Der preußische Haushalt wird nicht, wie beabsichtigt, bereits im Dezember, sondern erst im Januar im Landtag zur Beratung stehen. Es soll die in Aussicht stehende Reichsnotverordnung, die auch wichtige neue Bestimmungen über Steuern bringen wird, abgewartet werden.

Beginn der internationalen Abrüstungskonferenz. Der internationale Kongreß für die moralische Vorbereitung der Abrüstung, an dem 600 Delegierte aus 17 Ländern teilnahmen, wurde Donnerstag früh mit einer Sitzung eröffnet, die der Frage galt: Warum abrüsten?“

Die Reichswehr begräbt General von Mudra



Der Tod des bekannten Generals wird leider nicht von allen Seiten betrauert werden. Die Schuld an diesem Umstand trägt Herr Reichsminister der Finanzen, Doktor Dietrich. Als nämlich im Frühsommer dieses Jahres unter dem Druck der schweren Wirtschaftskrise einige Fraktionen des Reichstags auf den Gedanken kamen, daß wenn alle Kriegsbeschädigten-Renten beschnitten würden, schließlich auch die hohen Generalspensionen etwelche Abstriche vertragen, da entgegnete Herr Dietrich leichthin, wie es nun einmal die Art dieses fröhlichen Schwarzwälders ist, mit dem Argument: die Summe der Generalspensionen würde erheblich überschätzt; denn Jahr für Jahr risse der Tod breite Lücken in diese Pensionärsfront. Die Reichswehr hat also in Schwerin (Mecklenburg) mit klingendem Spiel und drei Gewehrsalven eine hohe Pension begraben.

Der Treubruch an Indien

† Berlin, 26. November.

„Sie sagen Christentum, und meinen Ketten.“ Das Wort Fontanes über die Engländer hat nie mehr Berechtigung gehabt als heute, wo ein Macdonald ausführendes Organ der schlimmsten imperialistischen Scharfmacherpolitik ist. Was England jetzt Indien antut, muß sich an dem Weltreich früher oder später furchtbar rächen. Indien wird, das kann man ohne Prophetengabe voraussehen, das britische Imperium revolutionieren und sein Gefüge zerbrechen. Gewiß nicht von heute auf morgen, aber der Keim zu einer gewaltigen Revolution wird in diesen Tagen gelegt. Es wird sich rächen die Brutalität, es wird sich rächen der ausgesprochen angelsächsische Rassenhochmut, der den „Farbigen“ als minderwertig degradiert, sich selbst als Halbgott einsetzt.

„Vollkommener Treubruch“, so bezeichnen die indischen Delegierten die Politik des konservativen Parlaments, und sie haben recht. Wie recht sie haben, bestätigt Lord Irwin, dem es unter der Arbeiterregierung gelungen war, eine Verhandlungsbasis mit Indien zu finden, die zu der jetzigen Rundtisch-Konferenz... und dem Vertragsbruch geführt hat. In einem Schreiben an die „Times“ erinnert Lord Irwin nicht nur an seine eigenen Versprechungen, die er als seine Meinung voll aufrecht erhält, er erinnert vor allen Dingen an den Wortbruch des Herrn Churchill, der jetzt einer der schlimmsten Hetzer gegen Indien ist. Noch im Jahre 1921 erklärte dieser hartgesottene Tory, wie Lord Irwin zitiert:

„Wir wissen sehr wohl, wie gewaltig der Beitrag war, den Indien zum Krieg von 1914 geleistet hat... Wir stehen bei Indien in tiefer Schuld und wir blicken daher entschlossen auf den Tag, wo die indische Regierung und das indische Volk den Dominionstatus ganz und gar erhalten wird.“

Nun aber bläst, wie Lord Irwin feststellt, der Wind aus einem anderen Loch, und Herr Churchill verlangt, daß Indien unter ein Ausnahmerecht kommt.

„Von solch einer imperialistischen Philosophie“, so schließt Lord Irwin, „muß ich energisch abrücken, gemeinsam mit allen denen, die erkennen, welche Wirkung diese Methode auf die Entwicklung der politischen Einstellung Indiens haben muß.“

Die Entwicklung ist, wie gesagt, nicht schwer vorzusehen, und der „Daily Herald“ warnt denn auch noch in letzter Minute — zweifellos vergeblich — vor einem Schritt, der zum offenem Kampf führen müsse. Denn man würde sich einer Einheitsfront gegenüber sehen, die die „Gemäßigten“ sowohl wie die Nationalisten, die Mohammedaner so gut wie die Hindus umfasse. Man könnte solche Bewegung wohl mit Waffengewalt niederschlagen, aber man würde das britische Reich so nicht stabilisieren, sondern erschüttern.

Eine erbitterte Erklärung hat auch Gandhi abgegeben, wofür er unter anderem ausführte, der Kongreß fürchte die Zusammenziehung der englischen Truppen in Kalkutta nicht. Diese würden ihn von einem Ungehorsamkeitsfeldzug nicht abhalten.

Indien sei entschlossen, das Schlimmste zu erleiden und seinen Kindern zu zeigen, daß es weder vor Kanonen, Flugzeugbomben oder anderen Kriegsmitteln Angst habe.

Er sei überzeugt, daß die indische Konferenz keine greifbaren Ergebnisse bringen werde.

Aus Furcht, Indien verlieren zu können, legt England es an die Kette zu einer Zeit, wo es staatsrechtlich die Dominions ganz befreit. Dieser Gegensatz muß so aufpeitschend wirken, daß der Kampf nicht anders denn mit Sieg oder Niederlage ausgehen kann.

Das Blutbad in Niederösterreich

Erklärung des tschechoslowakischen Innenministers

Prag, 25. November.

Das Abgeordnetenhaus, dessen heutige Sitzung kurz nach dem Eintreffen der Nachrichten von dem blutigen Ereignis in Schlesiens unterbrochen wurde, nahm nach etwa einstündiger Pause die Sitzung wieder auf. Nachdem der kommunistische Abgeordnete Gottwald namens seiner Fraktion das Vorgehen der Gendarmerie gegen die Arbeiter, die sich nur gegen eine Lohnherabsetzung gewehrt hätten, verurteilt hatte, ergriff Innenminister Slavik in Gegenwart des Ministerpräsidenten und zahlreicher Mitglieder der Regierung das Wort. Minister Slavik gab eine eingehende Darstellung der Ereignisse, die sich vollkommen mit dem amtlichen Bericht deckt. (Kunststück! Red.) Der kommunistische Antrag auf Eröffnung der Debatte über die Erklärung des Ministers wurde unter großem Lärm der Kommunisten abgelehnt.

Neuwahl in Bayern? Die Verhandlung vor dem Bayerischen Staatsgerichtshof über die Klage der Nationalsozialisten auf Ungültigkeitserklärung des bayerischen Rumpplandtages infolge des Ausscheidens der 15 Landesabgeordneten findet am 14. oder 15. Dezember statt.

